# :antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 12.5.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de


## Sarrazin on Tour

Am 3. Mai hat Thilo Sarrazin (71) eine neue Lesetour begonnen. Nach Sachsen und Bayern stellt Sarrazin sein neues Buch „Wunschdenken. Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert“ am 12.Mai in Cottbus und am 19.Mai in Leipzig vor. Den Abschluss bildet eine Buchvorstellung am 31.Mai in Düsseldorf, die von dem Chefredakteur der „Westdeutschen Zeitung“ moderiert werden soll, so die „Junge Freiheit“ (18-2016). Präsentiert werden die in der „Jungen Freiheit“ beworbenen Veranstaltungen in Sachsen und Bayern von „WortReich“. Die Moderation übernimmt hier Hans-Hermann Gockel, Autor der „Jungen Freiheit“ und der „Compact“.

*hma* ■

## 57. GfP-Kongress

THÜRINGEN. Die extrem rechte „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) führt vom 3. bis 5. Juni ihren 57. Kongress erneut in Thüringen durch. Unter dem Motto „Die neue Völkerwanderung – Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen“ findet der Kongress in dem „schon bekannten kleinen, rustikalen Hotel“ statt. Als Referenten angekündigt werden der Bonner „Pro NRW“-Aktivist Christopher Freiherr von Mengersen, der außenpolitische Sprecher der FPÖ im Nationalrat Dr. Johannes Hübner, „Vertriebenen“-Politiker Prof. Dr. Horst Rudolf Übelacker, der rechte Verleger Gert Sudholt und der frühere NVA-General Dr. Bernd Schwipper. Der diesjährige „Huttenpreis“ wird an den rechten österreichischen Publizisten Prof. Dr. Walter Marinovic verliehen.

*hma* ■

## AfD: Ruf nach Nachbesserung

Kaum ist der Programmparteitag der AfD vorbei, ruft die „Patriotische Plattform“ (PP) in der AfD schon nach Nachbesserungen. Der Parteitag erinnere „aufgrund der subtilen Moderation“ an eine „ge-

**Aus dem Inhalt:**



# Was folgt diesmal auf die Große Koalition?

## Vor 50 Jahren nahm die NPD einen Aufschwung wie heute die AfD




1968, Foto: usage worldwide

Ende der 60er Jahre erreichte die NPD einen ähnlichen Aufstieg wie heute die AfD. Sie stand kurz vor dem Einzug in den Bundestag. Die Verhinderung der NPD als Bundestagspartei war ein historischer Sieg der Demokratie. Die Geschichte wäre anders verlaufen, hätten die antifaschistischen Kräfte nicht die NPD für lange Zeit in die Bedeutungslosigkeit gedrängt.

Denn CSU-Strauß und CDU-Kiesinger und starke Teile der Union, die bis 1969 mit der SPD in der Großen Koalition waren, wollten endlich wieder allein regieren, waren dazu aber nicht in der Lage. Sie schmiedeten daher Pläne mit der NPD.

Die Nationaldemokratische Partei (NPD), eine neofaschistische und kriegstreiberische Organisation, von alten Nazis gegründet und geführt, gefördert von den reaktionären Kräften in der BRD hatte 1965 bei den Bundestagswahlen zwei Prozent der Stimmen erhalten. Die Landtagswahlen 1966 brachten dieser neofaschistischen Partei einen beträchtlichen Stimmenzuwachs. Sie konnte Wahlerfolge von durchschnittlich acht Prozent, zum Teil bis zehn Prozent erzielen. 48 NPD-Abgeordnete gab es bereits in sechs von zehn Landtagen, 179 Abgeordnete in Kreis-und Gemeindeparlamenten.

Die Massenmedien, Radio-, Fernsehen und Presse beruhigten das erschreckte Volk – und das Ausland. Sie verbreiteten Berichte des Bundesinnenministeriums, das die rechte Gefahr verharmloste und die „Hoffnung“ aussprach, „dass es den demokratischen Kräften in der NPD“ gelingen möge, „die Partei in eine zwar nationalkonservative, aber doch der freiheitlichen Grundordnung unserer Verfassung verpflichtete Richtung zu führen.“

Die Wirtschaftsgewaltigen und reaktionären Kräfte in der BRD betrachteten die NPD bereits als Reserve für den Fall, dass die große Koalition auseinanderbricht. Mangels Migranten sah die NPD in den Gewerkschaften und den Linken ihren Hauptfeind, zudem strebten sie vehement nach Veränderung der Nachkriegsgrenzen. Sie war – wie heute die AfD – eine zum Krieg bereite Partei.

Franz Josef Strauß erklärte 1967 als Minister der großen Koalition, „dass eine Koalition mit der NPD nicht für alle Zeiten ausgeschlossen“ sei. Der Bundes-

*Fortsetzung Seite 2 unten*

lenkte Parteiendemokratie“. So sei „das berechtige Anliegen der Führung, aus der Flut der Anträge das Relevante auszuwählen“ dazu genutzt worden, „um Anträge zu unterdrücken“. die einer „auf künftige Regierungskompromisse bedachten Politik widersprachen“. Es sei z.B. ein wichtiger Antrag des „Der Flügel“ zur deutschen Leitkultur „unter den Tisch gefallen“. In der Frage nach dem Umgang mit dem Islam in Deutschland sei aber eine Richtungsentscheidung herbeigeführt worden. Dass eine Mehrheit der AfD-Mitglieder sich für eine Auflösung des AfD-Landesverbandes ausgesprochen hatte, erwähnt die PP nicht. Auch nicht, dass der AfD-Europaabgeordnete Marcus Pretzell seinen Beitritt zur ENF-Fraktion erklärt hat, in dem die FPÖ und der „Front National“ sitzen.

*hma* ■

## Solidarität mit Pirincci

Der umstrittene Bonner Buchautor Akif Pirincci führt vom 19. bis 21.Mai eine Lesetour durch. Sein neues Buch „Umvolkung – Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden“ wird am 19. Mai vom „Compact“-Magazin in der „Eventhalle Halber85“ in Magdeburg präsentiert, am 20. Mai in Dessau und am 21. Mai in Schnellroda. In Schnellroda werden Buch und Autor vom „Verlag Antaios“ präsentiert, in dem Pirinccis neues Buch erschien.

*hma* ■

## Bochum: Polizei setzt Naziaufmarsch durch

„Die Stadt Bochum hat es heute etwa 250 Neonazis ermöglicht, durch die Bochumer Innenstadt zu marschieren. Der Aufmarsch der NPD wurde von einem massiven Polizeiaufgebot samt Pferdestaffel und Wasserwerfer begleitet. Antifa-Gruppen hatten im Vorfeld angekündigt, den NPD-Aufmarsch verhindern zu wollen. „Diesem Anspruch wurde in vielfältiger Form Ausdruck verliehen (…) Letztlich konnten die angekündigten Blockaden aufgrund von massiver Polizeigewalt nicht durchgesetzt werden, da die Polizei immer wieder Pfefferspray und Schlagstöcke gegen Antifaschist*innen einsetzte. Mehrere Dutzend Antifaschist*innen wurden hierbei teilweise schwer verletzt. (…) Insgesamt beteiligten sich etwa 700 autonome Antifas sowie mehrere tausend Bochumer Bürger*innen an den Protesten gegen den Naziaufmarsch“ Aus der Stellungnahme der Bochumer Antifa vom 1.5.2016

*https://antifabochum.noblogs.org/2016/05/bochumer-polizei-setzt-naziaufmarsch-trotz-renitenter-proteste-durch/ 02.05.2016*

## 1200 bei Antifa-Demo – Naziaufmarsch verhindert

Plauen Am 1. Mai nahmen 1200 Menschen an der antifaschistischen Demonstration „TIME TO ACT! Nationalismus ist keine Alternative – für einen emanzipatorischen Antikapitalismus!“ teil. Der Nazi-Aufmarsch des „III. Weg“ konnte von der Polizei nicht durchgesetzt werden und löste sich schließlich selbst auf. … Das „TIME TO ACT!“-Bündnis blickt trotzdem mit Sorge auf die Situation in Plauen. „TIME TO ACT!“-Pressesprecherin Rosa Leonhardt bilanziert den Tag wie folgt: „Die antifaschistische Bewegung hat heute ihre Mobilisierungsfähigkeit in der sächsischen Provinz deutlich unter Beweis gestellt. … Dennoch gibt es

*Fortsetzung Seite 5 unten*

---

*Fortsetzung von Seite 1*

kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) hatte laut Berliner Morgenpost vom 28.2.1967 selbst die NPD ins Spiel gebracht, als er über die Bundestagswahlen 1969 äußerte, dass, „falls keine der großen Parteien die absolute Mehrheit erringt, eine kleine Koalition, jedoch mit der NPD möglich“ sei.

Der Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Juli 1969 hatte die Hauptlosung „Die Einigung der demokratischen Kräfte versperrt der NPD den Weg in den Bundestag“ herausgegeben. Alle Veranstaltungen, Gedenkfeiern, Infostände und Diskussionen waren geprägt von der Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen NPD und Neonazismus. Diese Mobilisierung wurde von den Gewerkschaften und den Jugendverbänden unterstützt. Hunderttausende von jungen Menschen haben zusammen mit den alten Widerstandskämpfern in allen Städten und Ländern der BRD in hervorragender Weise die Demokratie gegen die organisierten Rechtskräfte verteidigt. Sie haben die Losung der VVN wahrgemacht und 1969 der NPD den Weg in den Bundestag versperrt. Aber immerhin bekam diese 4,9 Prozent der Stimmen.

Die Große Koalition konnte nach dem Willen der Wähler nicht mehr fortgesetzt werden. Zum ersten Mal seit 1948 war die CDU/CSU von der Regierungstätigkeit im Bonner Bundeshaus ausgeschaltet.

Heute ist es offensichtlich, dass es ohne diese Zurückdrängung der NPD keine Regierung unter Willy Brandt gegeben hätte, auch keine Politik der Entspannung.

Die Abwehr der NPD war nicht leicht. Die großen Kundgebungen, Gegendemonstrationen, Verhinderung der Aufmärsche der Neonazis waren überall mit Schlägereien der militanten Neonazis verbunden. Antifaschisten erzwangen z. B in Duisburg, dass die NPD eine geplante Kundgebung absagen musste. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Duisburg, Hans Jürgensen, urteilte daraufhin in einer Presseerklärung vom 2.10.1969:

„Wenn die Mittel und Methoden auch nicht immer zu billigen waren, so haben die meist jugendlichen Gegendemonstranten doch das Verdienst, den Bürgern unseres Landes die Gefahr des Rechtsradikalismus sehr deutlich vor Augen geführt zu haben. Wo andere von politischer Auseinandersetzung nur geredet haben, haben sie gehandelt. Unsere Jugend müsste ja geradezu seelisch krank sein, wenn sie nach all den Erfahrungen, die wir in Deutschland mit einem extremen Nationalsozialismus gemacht haben, nicht leidenschaftlich gegen das Aufkommen eines neuen Nationalismus eintreten würde …“

Wenn es gelungen ist, die NPD unter fünf Prozent zu halten, dann soll man sich bei denen bedanken, die nicht müde wurden, den wahren Charakter der NPD aufzuzeigen: Dadurch wurde sie daran gehindert, Masseneinfluss zu erlangen.

Die Prognosen und Wahlergebnisse der heutigen AfD weisen eine ähnliche Stärke aus wie sie seinerzeit die NPD hatte. Aus jener Zeit gilt es die Lehren zu ziehen und alle Kraft der Friedens-, Gewerkschafts- und Antifabewegungen auf das Ziel zu richten, den Einzug der AfD in den Bundestag zu verhindern. Noch besteht die Chance wie Ende der 60er Jahre, und sie muss genutzt werden. Es hat keinen Zweck, sich auf die Schwüre der Unionsparteien: „Nie mit der AfD“ zu verlassen. Die AfD-Führung wies in der Wahlnacht nach den jüngsten Landtagswahlen vieldeutig darauf hin, dass es wieder eine bürgerliche Mehrheit gäbe. Die AfD wird Kreide fressen und sich als Partner der Union andienen, und diese wird nicht abgeneigt sein, wenn es darauf ankommt, einen scharfen Rechtsschwenkt vorzunehmen, wenn sie nur Kriegskurs und Demokratie- wie Sozialdemontagen fortsetzen kann. Eine internationale Ablehnung einer deutschen Ultrarechts-Mittekoalition, wie sie noch 1969 seitens des Auslandes erfolgt wäre, bliebe übrigens diesmal aus; man betrachte nur all die fürchterlichen Entwicklungen in Nachbarländern rundum.

Alle Chancen, mit einer Mehrheit links von der CDU und einem Politikwechsel eine Wende in Deutschland zu vollziehen, dürften dann für sehr lange Zeit zunichtegemacht sein.

*Ulrich Sander, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)* ■

# Aufstehen gegen Rassismus

## Aktionskonferenz in Frankfurt a.M. am 23./24.04.16

Begrüßt wurden die ca. 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz am 23.04. abends im Gewerkschaftshaus von einer Vertreterin des Koordinierungskreises, von Conny Kerth, Bundessprecherin der VVN-BdA, einem Vertreter des Zentralrats der Muslime in Hessen, dem Publizisten und AfD-Experten Andreas Kemper sowie von Sami Shah vom Refugee Club Impulse aus Berlin-Moabit und verschiedenen Initiativen von Migrantinnen und Migranten wie „My Right is Your Right“ und „Welcome to Stay“.

Anlass für den Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“, den 17 000 Menschen unterschrieben hatten und für die Aktionskonferenz war das Erstarken der rassistischen Pegida-Bewegung und der jüngsten AfD-Wahlerfolge. „Mit der Etablierung in den Parlamenten steigt auch die Gefahr, dass sich die AfD als zentraler rechter Akteur etabliert und sich auch die faschistischen Teile dieses Projektes immer weiter radikalisieren.“(Aus dem Aufruf)

Die Konferenz wurde von Personen aus dem Umfeld von Naturfreunden, der Linken, den Jusos, von Gewerkschaften, migrantischen Initiativen sowie antirassistischer und antifaschistischer Organisationen wie der VVN-BdA organisiert. Der Wille, eine gesellschaftliche Gegenstimmung zu schaffen und in die Offensive gegen die Rechten zu kommen, ist sehr deutlich geworden. Von mehreren Rednerinnen und Rednern wurde auf die rassistischen Wurzeln in dieser Gesellschaft hingewiesen, als Ursache für das Erstarken der AfD. Weitere Schwerpunkte der Beiträge waren der Wunsch, den Geflüchteten eine Stimme zu geben und der Förderung der kulturellen Vielfalt.

Dargestellt wurde der Angriff auf viele emanzipatorischen Bewegungen durch die AFD-Programmatik und die Notwendigkeit der gegenseitigen Verbündung dagegen. Ebenso wurde der europaweite Charakter des Rassismus beschrieben, gegen den man sich auf europäischer Ebene unterstützen muss.

Klar war, dass der Kongress die Fundamente legen will, um besser gegen die AfD vorgehen zu können und konkret und einleuchtend beweisen zu können, wie schädlich sie für

Verschiedene Arbeitsgruppen fanden statt entlang folgender Ziele:

Recherchearbeit der konkreten Praxis der AfD in Parlamenten und im öffentlichen Raum sowie Thematisierung und Skandalisierung ihrer Verbindungen zu Faschisten im öffentlichen Diskurs. Dabei ist Wert darauf zu legen, dass die Argumente juristischen Angriffen der AfD standhalten. Vernetzung und gegenseitige Unterrichtung darüber im Netz/Aufbau einer „Plattform“.

Ausbildung von 10 000 „Stammtischkämpferinnen und -kämpfern“ gegen rassistische Argumente innerhalb eines Jahres, um nicht weiter mit Verunsicherung und Rückzug auf rassistische Argumente zu reagieren. Anfang Juni soll die erste zentrale MultiplikatorInnenschulung stattfinden.

Vernetzung und Zusammenführen von Angeboten lokaler Initiativen mit der bundesweiten Dachkampagne, um gutes, konkretes Öffentlichkeitsmaterial gegen die AfD zu bestimmten Themen zu haben und Menschen überzeugen zu können und um den öffentlichen Raum zu prägen.

Großevents – wie antirassistische Konzerte und Aktionen, z.B. vor den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2016.

Der Kampf um die Macht in der Gesellschaft findet auch auf Theaterbühnen statt. Die AfD verlangt in ihrem Programm identitätsstiftende Kulturpflege mit der deutschen Heimat als Pflicht von Orchestern, Museen und Theatern. Über 2000 Kunstschaffende haben einem Aufruf gegen Rechts (www.unruhestiften.de) unterschrieben und sich vernetzt. „KünstlerInnen, die diesen Aufruf unterstützen, stehen für linke Inhalte – und für die Stiftung von Unruhe! Sie unterstützen in ihrem Umfeld Bewegungen, Aktionen und Veranstaltungen zu den Inhalten des Aufrufes“.

Interessant war ein deutlicher Akzent auf der Konferenz, dem Kampf gegen rassistische und faschistische Ansichten auch mit künstlerischen Ausdrucksformen des Protestes, wie z.B. mit Theater, Schauspiel, Musik und Malerei Ausdruck zu verleihen und so die Selbstorganisation der hierher geflohenen Menschen zu unterstützen.

Die Leiterin des Jungen Schauspiels Frankfurt, Martina Droste, berichtete von dem viertägigen Festival „Fluchtpunkt Frankfurt“ im Januar 2016, das Theatergruppen von geflüchteten und in Deutschland beheimateten Jugendlichen zusammenbrachte sowie von ihrem Theaterstück mit Jugendlichen aus Kriegsgebieten: „Frankfurt Babel“.

Eine Teilnehmerin aus Wien erzählte, dass die Bühnenauftritte mit Geflüchteten vor den Wien-Wahlen von Identitären, die die Schauspielerinnen/-spieler auf der Bühne angegriffen hätten. Das ACTeasy–Jugendtheater aus Marburg achtet darauf, dass die Ensembles nicht überwiegend aus weißen Schauspielerinnen und Schauspielern zusammengesetzt sind. Vom Mainzer Theater, dessen Mitarbeiter laut schallend Beethovens „Ode an die Freude“ bei offenem Fenster probten und damit die Kundgebung der AfD lahmlegte, wurde berichtet und auch vom Carneval of Refugees in Berlin mit 5000 Teilnehmenden.

An der Konferenz beteiligten sich Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Altersgruppen. Ein Großteil der Anwesenden war jung, bis ca. Mitte 30, aber antirassistisch Denkende aller Altersgruppen waren vertreten.

Die nächsten Treffen werden regional organisiert sein.

Die Abschlusserklärung (s.S. 16) wurde nach Diskussion per Akklamation (große Zustimmung) verabschiedet.

In der Diskussion wurde klar, dass nicht alle Aspekte der AfD-Politik in der Erklärung benannt werden können, wie Sozialabbau, Frauenfeindlichkeit, Angriff auf ausreichende Löhne, denn es geht in dieser Konferenz um Rassismus. ■






# Aktionsbündnis wirft Polizei Eskalation vor

## Nach dem Protest gegen den AfD-Bundesparteitag




STUTTGART. Mindestens 660, vielleicht sogar 700: Die Polizei nahm am Samstag, 30. April, über ein Drittel der etwa 1500 DemonstrantInnen gegen den Bundesparteitag der AfD auf dem Stuttgarter Messegelände fest und hielt sie den ganzen Tag über gefangen – ebenso mindestens drei Journalisten, die angeblich verbotswidrig die Autobahn überquert hatten. Gegen diesen Eingriff in die Pressefreiheit protestierte die dju (Deutsche JournalistInnen-Union in Verdi) am Sonntag scharf (siehe unten im Wortlaut). Erst am Abend kamen die Festgenommenen wieder frei. Zahlreiche Protestierende wurden – hauptsächlich durch Pfefferspray – verletzt. Über sechzig mussten allein vom Demo-Sanitätsdienst Südwest und seinen HelferInnen versorgt werden.

Die DemosanitäterInnen gehen dabei von einer hohen Dunkelziffer aus. Die Polizei meldete am Samstag drei leicht verletzte Beamte. Das veranstaltende Aktionsbündnis gegen den AfD-Bundesparteitag, dem fast 50 Organisationen angehören, warf der auffallend aggressiv auftretenden Polizei vor, ihre „Eskalationsstrategie der letzten Tage“ fortgeführt zu haben.

Am Sonntag, 1. Mai, veröffentlichten auch die festgenommenen Journalisten eine Presseerklärung. Insgesamt handelte es sich im Lauf des Tages wohl um vier. Einer der zunächst Festgenommenen erlitt demnach einen Kreislaufzusammenbruch und wurde ins Krankenhaus gebracht. Die beiden zunächst verbliebenen Fotografen werfen der Polizei vor, sie mit Kabelbindern gefesselt und den ganzen Tag in eine aus Bauzäunen errichtete Zelle in der Halle gesperrt zu haben.

#### Polizei will Journalisten nicht als solche erkannt haben

Während sich die Polizei nach einem Bericht des Südwestrundfunks damit zu rechtfertigen versucht, die Fotografen hätten sich nicht als Journalisten zu erkennen gegeben, betonen die beiden, immer wieder darauf hingewiesen zu haben, dass sie einer journalistischen Tätigkeit nachgegangen seien und sich auch zweifelsfrei als Journalisten ausweisen könnten. Sie werfen der Polizei „gleich mehrere Verstöße an diesem Tag“ vor. Der schwerwiegendste sei „sicherlich der erhebliche Eingriff in die Pressefreiheit“ (siehe die Erklärung unten im Wortlaut).

Trotz der vielen Festnahmen demonstrierten am Nachmittag mindestens 3500 AfD-GegnerInnen in der Stuttgarter Innenstadt. Am frühen Abend gab es vor der Gefangenen-Sammelstelle in Halle 9 der Stuttgarter Messe erneut eine Eskalation. Dorthin waren DemonstrantInnen gezogen, um die Freilassung der Festgenommenen zu fordern. Sie meldeten eine Eil-Versammlung an – was die Polizei nicht daran hinderte, in und vor der Gefangenen-Sammelstelle massiv gegen die Demonstrierenden vorzugehen und ihnen das Fronttransparent zu entreißen.

#### Polizei kesselte gleich morgens DemonstrantInnen ein

Einige Festgenommene berichteten uns, gleich am Morgen festgesetzt, bis um die Mittagszeit in Polizeikesseln verblieben und schließlich zur Halle 9 gebracht worden zu sein. Was ihnen genau vorgeworfen werde und wie es weitergehen solle, habe ihnen niemand gesagt. Allerdings stand offenbar die Drohung im Raum, bis Sonntagabend, 20 Uhr, festgehalten zu werden. Einige klagten, sie seien elf Stunden lang mit gefesselten Händen festgehalten worden.

Eine ganze Gruppe erklärte, der Fahrer der von ihnen benutzten S-Bahn habe sie auf Geheiß der Polizei schon eine Haltestelle vor der Messe aus dem Waggon bitten müssen. Sie seien dann über die Felder gegangen und eingekesselt worden. Den Tag über hätten sie nur eine Scheibe Brot und eine Banane erhalten. Vier Festgenommene seien im Bus zusammengebrochen, weil es zu heiß war. Die Polizei hingegen verbreitete per „Twitter“, die Festgenommenen würden – auch medizinisch – gut versorgt.

#### Polizei lässt Festgenommene erst am Abend frei

Ein Beamter des bayerischen USK (Unterstützungskommando) drohte während der Versammlung einem gerade per Handy telefonierenden Fotografen der Beobachter News einen Platzverweis an. Die wenig erhellende Begründung:

Er behindere Maßnahmen. Seinen Namen mochte der Polizist auf Nachfrage nicht nennen: „Das geht Sie gar nichts an.“

Kurz darauf kündigte die Polizei per Durchsage an, die Festgenommenen aus Halle 9 in kleinen Gruppen freizulassen und zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu bringen. Damit erübrige sich die Versammlung. Die noch außerhalb Stehenden wurden in Busse gedrängt, die angeblich ebenfalls zu Bus- und Bahnhaltestellen fahren sollten.

#### Brennende Reifen auf der Bundesstraße

Bereits ab 6 Uhr morgens blockierten DemonstrantInnen Zufahrten zum Kongresszentrum der Messe und zum Parkhaus. Es gab auch Barrikaden. Auf der B 27 brannten einige Reifen. Die Autobahn 8 war etwa zehn Minuten lang blockiert. Bis die Polizei eintraf, waren die BlockiererInnen schon weg. Der Parteitag mit über 2400 AfD-Mitgliedern begann wegen des erschwerten Zugangs mit einstündiger Verspätung.

Die Polizei war am Samstag mit über 1000 Einsatzkräften an der Messe und ähnlich vielen Beamten später in der Innenstadt präsent. Mit Blockaden, angeblich mitgeführten Eisenstangen und Holzlatten oder dem Werfen von Pyrotechnik begründete sie ihr hartes Durchgreifen – zumindest, bis Nachrichtenagenturen und überregionale Zeitungen berichtet hatten,

Randalierer wären mit Latten und Eisenstangen auf Polizisten losgegangen. In einer Presseerklärung des Reutlinger Polizeipräsidiums vom späten Nachmittag las sich das deutlich anders.

### Laut Polizei Blockaden mit Baustellenmaterial

Dem „linksautonomen Spektrum zuzurechnende Personen“ hätten am Morgen unmittelbar nach ihrer Ankunft beim Fernbusterminal bengalische Feuer und Böller gezündet und die Durchfahrt des dortigen Kreisverkehrs blockiert, ein Großteil sich schließlich vermummt. Mehrere Personen hätten an einer Baustelle Latten und Stangen aufgenommen und mit ihnen Blockaden errichtet. Später seien Einsatzkräfte mit Leuchtraketen beschossen und mit Flaschen beworfen worden. Insgesamt hätten sich unter 1000 friedliche DemonstrantInnen etwa 900 „gewaltbereite Linksautonome“ gemischt, so die Polizei.

In einer Presseerklärung der Stuttgarter Polizei zur Demonstration des Aktionsbündnisses in der Innenstadt war von Schlagwerkzeugen keine Rede mehr. Demnach hätten die Beamten eine Frau und drei Männer zunächst in Gewahrsam genommen, die Vermummungsmaterial, Wurfgeschosse und Messer mitgeführt hatten.

### Polizei schleust AfD-Anhänger durch Gegen-Kundgebung

Zudem seien während der Demonstration „vereinzelt bengalische Feuer und Rauchbomben gezündet“ worden. Auch seien „Einsatzkräfte mit Gegenständen, darunter auch mit mutmaßlich mit Kot gefüllten Beuteln, beworfen worden“ – andere Bericht sprachen von Farben. Gewalttätige Ausschreitungen habe es nicht gegeben und nach Erkenntnissen der Polizei auch keine Verletzten – was sich keinesfalls mit den Erkenntnissen der Demosanitäter deckt.

Die Polizei legte am Samstag erkennbar keinen Wert auf Deeskalation.

Immer wieder heizten die Beamten am Vormittag die Stimmung an, indem sie AfD-Parteigänger auf dem Weg zum Kongresszentrum provokativ durch die angemeldete Gegenkundgebung schleusten, statt sie zu einem der anderen Eingänge zu bringen. Überdies ritt die Reiterstaffel in die Kundgebung hinein. Auch ließen Beamte Demonstrierende nicht zu genehmigten Mahnwachen durch.

### Pfefferspray und Schikanen

Beim jeweils einsetzenden Gerangel agierten die Beamten großzügig mit Pfefferspray und etwas verhaltener mit Schlagstöcken. Sie setzten am Samstag auch Diensthunde gegen die DemonstrantInnen ein. Nach Angaben eines Polizisten gegenüber dem Demo-Sanitätsdienst Südwest wurde am frühen Morgen auf einem Feld CS-Reizgas verwendet. Die über Tage hinweg heraufbeschworene Eskalation wie bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank EZB in Frankfurt entstand dennoch nicht. Die vorgefahrenen Wasserwerfer blieben außer Betrieb. Ihr Einsatz hätte sich kaum rechtfertigen lassen.

Für seine um 10 Uhr beginnende Kundgebung hatte das Aktionsbündnis gegen den AfD-Parteitag den Fernbusbahnhof als Versammlungsort zugewiesen bekommen und das Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung dagegen abgewiesen. Neben der Polizeigewalt beim Eskortieren von AfD-Anhängern gab es bei der Kundgebung auch Schikanen. So ließ die Polizei den Transporter, der die vom veranstaltenden Bündnis georderten Toilettenhäuschen hätte liefern sollen, nicht durch.

### Polizei stört Kundgebung

Aus unerfindlichen Gründen unterbrach sie auch um 11 Uhr einen Kundgebungsredner mit der Durchsage von ihrem Lautsprecherwagen, der AfD-Parteitag hätte nun begonnen. Die 1500 Protestierenden auf dem Messegelände seinen „von der Polizei massiv in ihren Grundrechten eingeschränkt“ worden, kritisierte das Aktionsbündnis.

Die Kundgebung endete nach einer Stunde. Die TeilnehmerInnen machten sich auf den Weg in die Stuttgarter Innenstadt – ein Teil von ihnen mit einer Spontan-Demo zur S-Bahn-Station im Flughafen. Dort erschraken viele Passagiere, als sie die Masse von Polizisten sahen.

### Polizei beharrt auf Kurz-Transparenten

Die angemeldete Demonstration begann mit einer Auftaktkundgebung in der Lautenschlagerstraße gegenüber vom Hauptbahnhof. Die Polizei berichtete von 1800 TeilnehmerInnen. Wir zählten von einer Brücke aus mehr als doppelt so viele. Das veranstaltende Aktionsbündnis sprach von über 4000.

Zunächst ließ die Polizei den Demozug nicht loslaufen. Das begründete sie damit, dass Transparente zu lang oder miteinander verknotet seien. Die DemonstrantInnen wurden schließlich von den USK-Einheiten in einem engen Kessel über den City-Ring begleitet.

### Strafverfolgungsbehörden leiten Verfahren ein

Es gab eine Zwischenkundgebung am Rotebühlplatz, bei der die baden-württembergische VVN-Sprecherin Janka Kluge in Vertretung des angekündigten Mitglieds des Bundesvorstands Cornelia Kerth ein Grußwort hielt.

Die Polizei berichtet, dass bei den Auseinandersetzungen an der Messe drei Beamte leicht verletzt worden seien. Man haben „etliche Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung, Widerstand, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz“ eingeleitet.

Der Augenzeugenbericht und die Pressemitteilung der dju im Wortlaut auf der Internetseite von beobachternews.de: *(http://www.beobachternews.de/2016/05/01/aktionsbuendnis-wirft-polizei-eskalation-vor/)*

*1. Mai 2016 von Redaktion beobachternews.de* ■

---

*Fortsetzung von Seite 2*

Verletzte durch Gewalt von Nazis und Polizei zu beklagen. Das überschattet den erfolgreichen Tag.“ Es wurden mehrere linke Versammlungsteilnehmer_innen durch den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken der Polizei verletzt. Überdies wurde am Nachmittag eine Antifaschistin von einem Anhänger des „III. Weg“ bewusstlos geprügelt.

Die Polizei hatte die antifaschistische Demonstration immer wieder gestoppt und dabei teilweise auf die Umsetzung nicht existenter Auflagen gedrängt. Trotz des Wanderkessels konnten immer wieder Aktivist_innen auf die Nazi-Route durchstoßen und Sitzblockaden errichten. Unter anderem wurde eine Situation geschaffen, in der die Polizei die Nazis auf eine Verkürzung ihrer Route drängen musste, was folglich zum abrupten Ende der rechten Versammlung führte. Interessant war allerdings, dass die Polizei bei der Demonstration des „III. Weges“ sowohl Vermummungen als auch den Einsatz von Pyrotechnik akzeptierte, während sie bei der „TIME TO ACT!“-Demonstration angebliche Vermummungen immer wieder als Grund angaben, den Aufzug zu stoppen. … Oliver Finke, Pressesprecher des „TIME TO ACT!“-Bündnis: „Die Stadt hat Nazis und Rassist_innen den roten Teppich ausgerollt. Oberbürgermeister Oberdorfer von der FDP unterstützt das völkisch-rassistische ‚Wir sind Deutschland‘-Bündnis, Superintendentin Ulrike Weyer hielt dort sogar eine Rede. So etwas sendet auch ein Signal an NS-Parteien wie den ‚III. Weg‘, dass Plauen ein strategisch sinnvoller Ort für sie ist.“ …

Das Bündnis „TIME TO ACT!“ ist ein Zusammenschluss verschiedener Antifa-Strukturen, die zum 1. Mai nach Plauen mobilisiert haben. Ausführliche Aufrufe zum 1. Mai in Plauen wurden unter anderem von den Antifaschistischen Gruppen des Vogtlands, den Leipziger Gruppen the future is unwritten und Antifa Klein-Paris, der FAU Dresden sowie dem bundesweiten linksradikalen „…um's Ganze!“-Bündnis veröffentlicht. Diese und viele weitere Informationen finden sich auf http://plauen0105.blogsport.eu. …

*2.5.2016, „TIME TO ACT!“-Bündnis* ■

# Fast ein ganzer Blankeneser

**Mit einer Straßenblockade und einem Überfall auf eine Biologin verzögerten Hamburger im Stadtteil Blankenese das Fällen von Bäumen für den Bau einer Unterkunft aus neun Pavillons in Leichtbauweise für 192 Flüchtlinge.**

„Hier wie auch in anderen Teilen des Hamburger Speckgürtels brechen sich Wohlstandschauvinismus und Rassismus Bahn“ erklärt eine Sprecherin mit aufgeregter Stimme am 7. April durch ein Megaphon. Sie war Teilnehmerin einer als „Blankenese Chainsaw Massacre“ angekündigten Kundgebung. Mit der protestierten etwa 50 radikale Linke gegen eine Blockadeaktion von Anwohnenden zwei Tage zuvor, am 5. April. Am Rand des Hamburger Stadtteils Blankenese sollten dort im Björnsonweg, Höhe Brinkstücken auf einer ehemaligen Pferdekoppel am Waldrand, gleich neben einem elitären Golfklub, 42 Bäume gefällt werden, damit dort neun Pavillons für 192 Flüchtlinge errichtet werden können. Pro Pavillon sind vier Dreizimmerwohnungen für je sechs Menschen geplant. Mit etwa 20 Limousinen wurde die Zufahrt zur Koppel blockiert, die Lastwagen der Baumfällfirma zogen wieder ab. Bereits am Tag zuvor war eine Biologin, die bestimmen sollte, welche Bäume für die Flüchtlingsunterkunft gefällt werden sollen, angegriffen und ihrer Farbsprühdosen beraubt worden. Anwohnende besprühten mit den geraubten Farbspraydosen weitere 150 Bäume und Holzpoller wahllos mit grünen Markierungen.

Polizei griff an beiden Tagen nicht ein, aber der für Hamburger Verhältnisse ungewöhnlich rabiate Protest machte in Medien bundesweit Furore. Warum die Stadt Hamburg den Angriff auf eine ihrer Angestellten tolerierte und am nächsten Tag die Blockade der Baumfällarbeiten tolerierte, stand dabei nicht im Zentrum des medialen Interesses. Bei Bürgerprotesten gegen Flüchtlingsunterkünfte werden „rechtsfreie Räume“ geduldet, die bei linken oder gewerkschaftlichen Aktionen einen Polizeieinsatz zur Folge hätten.

Anwohnende des Björnsonwegs beauftragten auch einen Anwalt damit, juristisch gegen die Errichtung der Unterkunft für Geflüchtete vorzugehen. Rechtsanwalt Rüdiger Nebelsiek legte gegen die Baugenehmigung beim Verwaltungsgericht Widerspruch ein: Hier werde gegen europäisches Umweltrecht verstoßen. Nebelsiek saß bis 2015 im Landesvorstand der Umweltorganisation BUND und ist ein Kenner des Umweltrechtes. Die zuständige Kammer, die zuvor bereits in einigen anderen Fällen den Einsprüchen von Anwohnenden gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte stattgegeben hatte, ordnete auch im Björnsonweg den vorerst vorläufigen Stopp für den Bau der Unterkunft an erlassen (7 E 1486/16). In Bezug auf andere Hamburger Stadtteile wurden den Einsprüchen vom Verwaltungsgericht Hamburg auch aus weiteren Gründen stattgegeben: In Harvestehude wurde der Status als „besonders geschütztes Wohngebiet“ als Begründung angeführt, in Klein Borstel die Rechtssicherheit für die Besitzenden der angrenzenden Einzelhäuser und in Ohlstedt die „familiäre Struktur“ des Stadtteils. In Niendorf sahen Anwohnende durch Pavillonhäuser für Flüchtlinge den Hochwasserschutz gefährdet, in Volksdorf wurde plötzlich eine als schützenswert deklarierte Wiese interessant. Manfred Braasch, Geschäftsführer des BUND, erklärte gegenüber Zeit online, als bekannte Umweltorganisation seien sie schon öfter von Bürgerinitiativen um Unterstützung bei der Ablehnung des Baus von Flüchtlingsunterkünften gebeten worden – und hätten dies immer abgelehnt.

In Blankenese war es jetzt der Schutz eines „grundsätzlich schutzwürdigen Trockenbiotops“. Dass am Björnsonweg laut Bebauungsplan genau die verhandelte Fläche für Einzelhäuser vorgesehen ist, spielte für den Einsatz der Anwohnenden für den Schutz der Natur und für das Gericht keine Rolle. Auch nicht, ob es sich nun um ein Trockenbiotop oder ein Wasserschutzgebiet handelt. In Videointerviews, welche etwa Spiegel online und der shz-Verlag im Internet eingestellt haben, kommt dagegen zur Sprache, was sich hinter dem Einsatz für die Bäume mit deutschen Wurzeln verbirgt: „ Es ist klar, dass Flüchtlinge irgendwo untergebracht werden müssen, aber doch nicht gerade im Wasserschutzgebiet“, so die Anwohnerin Renate Krenz: In anderen Flüchtlingsunterkünften sei ja auch so viel Wachpersonal, weil „da schon erheblich geklaut“ werde. Eltern hätten „Angst um ihre Töchter“. Gegenüber der Bild erklärte die mitteilungsfreudige Dame: „Als hier früher ein Asylheim stand, war das eine große Belastung für die Anwohner, es gab Probleme mit Drogen, Gewalt und Prostitution.“ Ein anderer Anwohner in einem anderen Video erklärt, ständig hätte die Polizei kommen müssen, es sei gedealt worden. Tatsächlich stand auf der Koppel bis 2008 bereits eine Flüchtlingsunterkunft, die in einem ehemaligen Studierendenwohnheim untergebracht war.

Blankenese ist einer der am schönsten gelegenen Stadtteile Hamburgs, auf dem Geestrücken direkt am Ufer mit Blick auf die Elbe gelegen stehen viele Villen, dort residiert das alte Geld. Und eben auch Neureiche wie in den Neubauten am Björnsonweg, denen der diskrete Charme der Bourgeoisie abgeht und die sich unhanseatisch verhalten haben. Dabei seien es doch nur 192 Flüchtlinge – ursprünglich waren für die Unterkunft 600 Plätze vorgesehen, aber die Zahl wurde diskret runtergehandelt und die Belegung ausschließlich mit Familien aus Syrien zugesagt. So herrscht in Blankenese einiger Unmut über das ungebührliche Verhalten der Blockierer: „Autos kreuz und quer parken! Eine Biologin angreifen! Unmöglich!“ erregte sich etwa Claus Wulf gegenüber einem Reporter der Hamburger Morgenpost, um dann aber auch gleich nachzuschieben: „Ich bin der Meinung, dass Blankenese bis zu 300 Flüchtlinge wunderbar verkraften kann.“ Ganz hanseatisch distinguiert wird auf eine Obergrenze geachtet. Denn eine Belastung seien die Flüchtlinge schon.

Die Initiative hierzu kam aus der Linken, mit dem Aufruf der „Interventionistischen Linken“ zum zumindest virtuell radikalen „Blankenese Chainsaw Massacre“ am 7. April. Wie einige andere hatte sich auch die Sprecherin mit einem Bauhelm, mit Sonnenbrille und einer Warnweste ausstaffiert wie eine Baumfällerin in Arbeitskleidung. Mit einer Handsäge bearbeitet sie eine kleine Birke, die direkt am Wegesrand steht. Andere kommen mit größeren Zweihandsägen dazu, ein Anfang ist gemacht. Mit Mehreren wird das Gelände symbolisch vermessen und mit Absperrband markiert. Jetzt holt ein Aktiver eine Kettensäge hervor, postiert sich neben der Birke, bestimmt 20 Kameras sind auf ihn gerichtet. Er wirft die Kettensäge an, hält sie fotogen hoch, um dann einmal kurz an der Baumrinde anzusetzen, ein kleines Stück herauszutrennen. An zwei Seilen ziehen etliche der 50 Demonstrierenden an der Birke. Aber, symbolische Aktion, die Birke wird nicht umgerissen. Beim Vorgespräch mit der mit 20 Beamten präsenten Polizei wurde wohl vereinbart, keinen Baum wirklich zu fällen. Aber die Sprecherin versprach: „Wir kommen wieder!“

Der „Runde Tisch Blankenese“, der die ehrenamtliche Betreuung und Hilfestellung für Flüchtlinge in den Elbvororten koordiniert – und im Nachbarstadtteil seit Jahren Geflüchtete in einer Sammelunterkunft unterstützt – rief für den 14. April zu einer Demonstration im Dorfkern von Blankenese auf. Im Aufruf stand: „WIR unterstützen den Bau der Flüchtlingsunterkunft Björnsonweg. Wir möchten keine Abschottung in Blankenese. Wir heißen Flüchtlinge willkommen und werden sie begleiten. Es geht um Menschen mit leidvollen und traumatischen Erfahrun-

gen. Es geht um Menschen wie du und ich und nicht um Zahlen. Wir möchten ein Miteinander und wünschen uns Unterstützung von allen". Mit mehreren Hundert Teilnehmenden, auch aus den anderen Elbvororten, und Transparenten auf denen stand „Flüchtlinge waren und sind in Blankenese willkommen" oder „Hilfe für Flüchtlinge" eine eindrucksvolle Demonstration. „Wir wollen zeigen, dass sich der Blankeneser nicht abschotten will", so Helga Rodenbeck, Gründungsmitglied des Rundes Tisches Blankenese, gegenüber dem Elbe Wochenblatt. Helga Rodenbeck ist beruflich als Sozialarbeiterin für Flüchtlinge routiniert und die Betreuerin des Runden Tisches. Sie drückt das Selbstbild der Blankeneser treffend aus, wenn sie das gute Miteinander Aller im Stadtteil betont. Blankenese hat etwas dörfliches, und gerade die im Kiez dominanten Bourgeois legen Wert auf ein freundliches Zusammenleben: Hier bin ich Mensch, hier kann ich es sein. Wer tagsüber die Preise in einer Kleidungsfabrik in Bangladesch in zähen Verhandlungen gedrückt hat oder der Selbstoptimierung seiner Angestellten durch sanften Druck nachgeholfen hat, braucht schließlich auch einen Ausgleich und ein kultiviertes, entspanntes Privatleben. Dies haben die Neureichen am Björnsonweg nicht begriffen, die das Private offensichtlich nicht vom Beruflichen trennen können, und bei Flüchtlingen nur Störendes Ungewohntes und Nachteile für ihre Wertanlage Immobilie sehen. Im am Rand von Blankenese gelegenen ausgewiesenen Baugebiet Björnsonweg werden ihre Villen und Bungalows auf lange Sicht garantiert eine Wertsteigerung erfahren, ihr Vorgehen gegen die kleine, nur auf Zeit geplante Flüchtlingsunterkunft wirkt kursichtig und zu offensichtlich von Ressentiments motiviert. Mit ihrer Blockadeaktion haben sie aus Sicht der alt eingesessenen BlankeneserInnen dem Ruf des Stadtteils geschadet. Und sich eingereiht in die sich auch in Hamburg stadtweit artikulierenden Proteste gegen Flüchtlinge.

Die Stadt Hamburg legte gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, welches die Baumfällung und die Vorbereitung der Fläche am Björnsonweg für die neun Pavillons für Geflüchtete untersagte, Beschwerde ein. Der gab das Oberverwaltungsgericht Hamburg am 20. April statt und erklärte die Baumfällungen und die Aufnahme der Arbeiten zur Bauvorbereitung als höchste Instanz in diesem Rechtsstreit für rechtens (2 Bs 51/16). Am Tag darauf röhrten am Björnsonweg die Kettensägen.

*Gaston Kirsche* ■

# Vom Truppenübungsplatz zum Friedensplatz

## Statt Armutsregion und Kriegstraining – neue Jobs sind möglich!



Zwischen Bergen und Bad Fallingbostel liegt Europas größter Truppenübungsplatz. Hier trainierte die Nazi-Wehrmacht ihren Überfall auf die Sowjetunion. Später übten hier NATO-Truppen für ihre Kriege in aller Welt.

Mit dem Abzug der British Army verloren 514 Zivilbeschäftigte ihre Jobs. Bad Fallingbostel und Bergen verloren ein Drittel der EinwohnerInnen und ein Viertel der Gewerbeeinnahmen. Die Nutzung der zuvor britischen Kasernen als Erstaufnahmelager für Geflüchtete ist zu begrüßen, aber das ist keine dauerhafte Lösung. Auch die in Bergen neu stationierte Panzereinheit (370 SoldatInnen) kann den Abwärtstrend nicht stoppen und zementiert lediglich regional die einseitige militärische Ausrichtung. Das wiederum schränkt den Tourismus ein. Mit Landesgeldern soll lediglich der Abriss von ehemals von britischen Familien bewohnten Wohnblocks bezuschusst werden, fast 7 Mill. Euro müssen Stadt Bad Fallingbostel und Heidekreis selbst aufbringen. Mit diesen sog. Konversionsgeldern sollen billige Mieten verhindert werden, in Staatsdeutsch: „Stabilisierung des Wohnungsmarktes".

Es fehlt ein umfassendes Zukunftskonzept. Auf unsere Initiative hin fordern die DGB-Konferenz Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und der ver.di-Bundeskongress den Aufbau einer neuen sozialen, ökologischen, nicht-militärischen Wirtschaftsstruktur – finanziert durch die Bundesregierung.

Die Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V., in der ver.di aktiv ist, arbeitet am Zukunftskonzept „UNESCO-Biosphärengebiet". Das ist mehr als „nur" Naturschutz, denn es ermöglicht neue Formen nachhaltiger Nutzung auf dem Noch-Truppenübungsplatz sowie die Weiterentwicklung benachbarter Gemeinden.

Die bereits vorhandenen 15 deutschen Biosphärenreservate haben jährlich insgesamt rund 65 Millionen Besuchende, die einen Bruttoumsatz von knapp drei Milliarden Euro bewirken und damit rund 86 000 Arbeitsplätze schaffen (Studie Uni Würzburg), siehe www.bmub.bund.de.

Auch die Landkreise Celle und Heidekreis würden wirtschaftlich massiv von einem Biosphärengebiet profitieren, mit neuen Arbeitsplätzen in Tourismus, Handwerk, Einzelhandel, Ökologischem Landbau und Naturschutz. Während die Studie zeigt, dass jedes deutsche Biosphärengebiet durchschnittlich rund 5.700 Arbeitsplätze schafft, arbeiten auf dem Truppenübungsplatz Bergen derzeit nur noch rund 490 Beschäftigte. Für die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr fänden sich in einem Biosphärengebiet mit Flächensanierung und Schutzgebietsbetreuung neue Tätigkeitsfelder. Mit Biosphärengebieten, auch auf ehemaligen Militärübungsplätzen, gibt es u.a. auf der Schwäbischen Alb positive Erfahrungen.

Da das Ziel nicht auf einmal erreicht werden kann, fordern wir von der Verteidigungsministerin, die militärisch nicht mehr genutzten Flächen und Immobilien der zivilen Nutzung zu übergeben. Dies könnten insbesondere die siedlungsnahen Schießbahnen zwischen Ostenholz und Dorfmark sein.

Noch verhindert das Militär eine zukunftsweisende Entwicklung der Region. Wenn wir wollen ist hier eine bessere Zukunft ohne Militär möglich!

*Arne Hilbich/ Charly Braun*
*Quelle: MAI-Zeitung 2016 der DGB-Region Nordost-Niedersachsen: www.hohe-heidmark.de*

# Front National (FN) vor strukturell enger Zusammenarbeit mit der AfD

## Marion Maréchal-Le Pen flirtet mit dem Monarchismus – Altvater und „Dissident" Jean-Marie Le Pen sammelt rund 400 Abtrünnige am 1. Mai um sich

An den französischen Front National wird sich das deutsche antifaschistische Publikum, das vor allem zur extremen Rechten im eigenen Lande arbeitet, wohl oder übel (übel!) gewöhnen müssen. Denn die deutsche AfD nähert sich auffällig an die französische neofaschistische Partei an. Einer ihrer Europaparlamentarier – und nicht „irgendeiner", denn Marcus Pretzell, um den es geht, ist zugleich der Lebensgefährte von Parteichefin Frauke Petry – wird künftig mit dem französischen FN und der österreichischen FPÖ gemeinsam in einer Fraktion sitzen.

Wir erinnern uns: Sieben Abgeordnete zogen für die deutsche AfD nach der Europaparlamentswahl vom Juni 2014 in selbiges Parlament ein. Doch fünf zählen zu der wirtschaftsliberalen „Dissidenten"-fraktion um Ex-Chef Bernd Lucke, welcher im Juli 2015 – infolge von Kongressniederlage und Abspaltung – seinen eigenen Verein in Gestalt der Partei ALFA gründete. Diese fünf sitzen zusammen mit den britischen Konservativen (Tories) in einer Fraktion. Es blieb die Frage, wie sich die übrigen beiden positionieren würde, zumal Pretzell vor einigen Wochen durch ebendiese Fraktion ausgeschlossen wurde. Nunmehr hat er die Frage eindeutig beantwortet.

Sicherlich, es war vielleicht eher das Gewicht der FPÖ (angesichts ihrer Deutschsprachigkeit sowie der Sieges-Aussichten ihres Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer am 22. Mai d.J.), das bei der deutschen AfD den Ausschlag gab. Aber auch Marine Le Pen und ihre neofaschistische Combo sind nunmehr in ihren Kreisen wohlgelitten. Am Montag, den 9. Mai 2016 zitiert die deutsche Tageszeitung ‚Die Welt' den erwähnten Europaparlaments-Abgeordneten – und Landesvorsitzenden der AfD in NRW – Pretzell mit den Worten: „Der persönliche Kontakt mit Marine Le Pen ist gelebte Normalität." Und weiter im Text: „Selbstverständlich habe ich mich im Vorfeld meines Fraktionseintritts mit Marine Le Pen unterhalten." Er, Marcus Pretzell, werde auch in Zukunft mit der Vorsitzenden des Front National „sicher eine ganze Reihe persönlicher Gespräche führen."

Eine andere Vertreterin der deutschen Partei im Europarlament – die zweite eben Pretzell, die sich nicht der Lucke-Abspaltung anschloss – ist unterdessen gegen eine solche Annäherung an den FN und dessen Verbündete. Weil es sich beim französischen FN um eine neofaschistische Partei handelt? Um eine „Bewegung", welche noch immer die Flamme in den drei Nationalfarben als ihr Symbol benutzt – und damit ein Abzeichen, das bei Gründung des FN im Jahr 1972 vom italienischen Neofaschismus übernommen wurde, wo es die „Auffahrt der Seele Benito Mussolinis aus dem Sarg gen Himmel" verkörperte? Nicht doch, weit gefehlt. Beatrix von Storch hat andere Beweggründe, die da lauten: Der französische FN ist… zu links. Doch, doch. Die Tageszeitung ‚Die Welt' zitiert die Dame mit den Worten: Der Front National sei „eine wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sehr linke Partei", die „ihren Sozialismus in Frankreich ausüben" wolle. (Sic!) Eine solche Argumentation geht natürlich nur dann scheinbar auf, wenn man eine soziale Demagogie à la – im zugespitzten Falle – Brüder Strasser oder Ernst Röhm für „links" erachtet. Beatrix von Storch ihrerseits schloss sich übrigens im Europaparlament jener Fraktion an, die durch den rechten britischen EU-Gegner Nigel Farage und seine UKIP sowie die „Bewegung Fünf Sterne" des italienischen Polit-Scharlatans Beppe Grillo aufgebaut wurde.

### Dissidenz von rechts

Vielleicht nicht für „zu links", aber auf jeden Fall für nicht (oder nicht länger) rechts genug hält aber auch in Frankreich mindestens ein Prominenter den FN unter seiner aktuellen Führung. Es handelt sich, natürlich, um Jean-Marie Le Pen. Der (Mit-)Gründer und langjährige Vorsitzende der Partei, bis im Januar 2011, war am 20. August 2015 aus derselben ausgeschlossen worden. Ursächlich dafür war u.a., dass er beim Thema ungeschminkter Antisemitismus nicht zurückstecken wollte, und dass er – wie sich durch ein Interview ebendort im April 2015 offenbarte – nach wie vor offene Kontakte zur altfaschistischen und geschichtsrevisionistischen Wochenzeitung ‚Rivarol' hielt.

Daran hat sich im Übrigen mitnichten etwas verändert. Am 11. April dieses Jahres wurden (im Internet) erste Bilder sowie Video-Aufnahmen von dem „Bankett" mit mehreren Hundert Menschen veröffentlicht, das die 1951 gegründete faschistische Wochenzeitung im Februar d.J. aus Anlass ihres 65jährigen Bestehens abhielt. Dabei nimmt Jean-Marie Le Pen einen zentralen Platz bei der erlauchten Versammlung ein. Nach ihm sprach dort auch der „Papst" der Geschichtsrevisionisten bzw. Holocaust-Leugner, Robert Faurisson, den Jean-Marie Le Pen allerdings persönlich nicht mehr mitbekam: Da er nicht mehr gänzlich der Jüngste ist (Jean-Marie Le Pen wird im Juni dieses Jahre 88), blieb er nicht bis zum Schluss. Mitbekommen hat Jean-Marie Le Pen jedoch u.a. den Auftritt von Henry de Lesquen, welch Letzterer sich in seiner Ansprache sogar an ihn wandte. De Lesquen, ehemals Vorsitzender des bekannten rechtsextremen Eliteclubs und Denkclubs unter dem Namen Club de l'Horloge (inzwischen umbenannt in Carrefour de l'Horloge) sowie des rechten Rundfunksenders Radio Courtoisie, hat seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 2017 erklärt. Jüngst wurden strafrechtliche Ermittlungen gegen diesen Vertreter einer hochgradig elitären Rechten eingeleitet, wie am 4. Mai dieses Jahres bekannt wurde. Er hatte sich bei Twitter ironisch darüber ausgesprochen, wie erstaunt er doch über die „Langlebigkeit von Shoah-Überlebenden, die über neunzig werden", sei.

Doch ob nun körperlich fit oder nicht, Jean-Marie Le Pen machte auch in den folgenden Wochen noch von sich reden. Am 1. Mai dieses Jahres versammelte er die ihm verbliebenen Anhänger in der Nähe der Jeanne d'Arc-Statue auf der Pariser place des Pyramides, um den Verrat und die Schwächlichkeit der aktuellen Parteiführung des FN anzuprangern, nachdem diese die seit 1988 jährlich durchgeführten 1. Mai-Demonstrationen erstmals aufgegeben hatte. Anfang Februar 2016 war publik geworden, dass der FN in einer französischsprachigen Publikation des so genannten Islamischen Staates (IS) verbal bedroht war: Die jihadistische Terrorsekte verkündete dort, die „Versammlungen der Götzenanbeter des Front National" (sic) seien ein potenzielles „Ziel erster Wahl". Dabei war sicherlich beiden Seiten – dem FN ebenso wie dem IS – daran gelegen, die Sache verbal hochzuschrauben, um sich jeweils als die entschlossenste Alternative zur jeweils anderen Seite darzustellen.

Die aktuelle Parteiführung entschied sich für ein „Bankett" (diese Versammlungsform erfreut sich bei französischen Rechten wachsender Beliebtheit…) im

## Regierung von Oberbayern übt Druck aus

Bayerischer Flüchtlingsrat: An den letzten beiden Samstagen waren Unterstützer*innen in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat mit einem Infozelt vor Ort in Ingolstadt.

Dass das der Bayerischen Regierung nicht passt, wurde letzten Samstag deutlich. So erzählten Bewohner*innen der ARE (Unterkunft der Flüchtlinge), sie wurden von der Betreiberseite her angehalten, nicht mit den Teilnehmer*innen des Infozeltes zu sprechen. Auch die Unterstützer*innen ließ die Regierung von Oberbayern spüren, dass sie ihrerseits unerwünscht sind.

*Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 28.04.2016* ■

## Stadt beginnt Geflüchtete auszuhungern

Göttingen. Ende letzten Monats haben viele Geflüchtete vergeblich auf die Auszahlung ihres Geldes für den Monat Mai gewartet. Offensichtlich beginnt Göttingen als eine der ersten Städte die Sozialleistungen für ganze Gruppen von Geflüchteten zu kürzen oder gar nicht auszuzahlen. Im ersten Schritt scheint es vor allem Afghan_innen zu treffen. Angeblich will die Stadt überprüfen mit welchen Gründen sie die Leistungen einbehalten kann. Das heißt also, ohne dass die Stadt die Geflüchteten informiert hat, und ohne dass im Vorfeld geprüft wird, behält die Stadt die Leistungen einfach ein. Auf diese Art werden Geflüchtete systematisch ausgehungert und noch mehr unter Druck gesetzt als ohnehin schon. Betroffen von dieser Praxis sind auch Kinder und schwangere Frauen. Der Stadt scheint es egal zu sein was sie mit einer derartigen Vorgehensweise bei den Geflüchteten anrichtet. Ist es das Ziel der Stadt Göttingen Geflüchtete auf diese Art in den Wahnsinn zu treiben und sie in die sogenannte freiwillige Ausreise zu zwingen? Wir verurteilen dieses Vorgehen der Stadt auf das Schärfste. Wir fordern die Stadt auf die Gelder unverzüglich auszuzahlen und auch in Zukunft keine Kürzungen mehr vorzunehmen.

*AK Asyl Göttingen 03.05.2016* ■

## Lange Haftstrafen nach Brandanschlag auf Meißner Asylunterkunft

Hohe Haftstrafen hat das Dresdner Landgericht für zwei Männer aus Meißen wegen Brandstiftung auf eine geplante Asylunterkunft verhängt. Die Richterin attestierte den Tätern Fremdenfeindlichkeit und überlegtes Handeln. Der Prozess hat Signalwirkung.

Im Prozess um den Brandanschlag auf ein geplantes Flüchtlingsheim in Meißen sind die beiden Angeklagten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Die Brandstifter wurden am Donnerstag zu jeweils drei Jahren und acht Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Das Landgericht Dresden sah es als erwiesen an, dass die beiden Männer vorsätzlich und aus fremdenfeindlichen Motiven heraus handelten. Das Urteil erging wegen vorsätzlicher Brandstiftung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch.

Von schwerer Brandstiftung, wie die Staatsanwaltschaft den 38 und 41 Jahre alten Männern attestiert hatte, könne nicht gesprochen werden, sagte die Vorsitzende Richterin Michaela Kessler. Wegen des rechtzeitigen Einsatzes der Feuerwehr konnte ein Übergriff auf angrenzende bewohnte Häuser verhindert werden. Das Feuer hatte den Dachstuhl noch nicht erreicht. Der Angriff auf ein vollständig möbliertes Mehrfamilienhaus in Meißen hatte sich am 28. Juni 2015 kurz nach Mitternacht ereignet. Es entstand ein Sachschaden allein am Gebäude von rund 165 000 Euro.

Ein Sachverständiger des Landeskriminalamtes hatte zuvor ausgesagt, dass

---

19. Pariser Bezirk. Dafür wurden rund 2000 Sitzplätze reserviert. Die einzige Überraschung dort resultierte von einem unangekündigten Auftritt der ursprünglich in der Ukraine entstandenen Frauenorganisation ‚Femen'. Die Aktivistinnen von ‚Femen' hatten bereits am 1. Mai 2015 Marine Le Pen, deren Partei damals noch auf der Straße zum Maifeiertag und „zu Ehren von Jeanne d'Arc" aufmarschierte, die Show ein wenig versemmelt. Damals entrollten sie ein Transparent auf einem Balkon im daneben liegenden Hotel, als Marine Le Pen auf dem Vorplatz der Pariser Oper die Abschlussrede dazu hielt. In diesem Jahr platzten sie unangemeldet in den Saal herein. Videoaufnahmen von dem Ereignis zeigen übrigens deutlich, wie die Pariser Polizei und der von Kritiker/inne/n als paramilitärisch bezeichnete Ordnerdienst des FN – der DPS (zu deutsch „Abteilung Schutz und Sicherheit") – bei ihrem Einsatz gegen die ‚Femen' Hand in Hand vorgehen und sich abstimmen.

Doch Jean-Marie Le Pen hielt es nicht in dem Saal bzw. es zog ihn nicht dorthin, wo er ohnehin wohl nicht willkommen gewesen wäre. Er sammelte also Getreue auf dem Pyramidenplatz, wo eine mit Blattgold verkleidete Statue der „Nationalheiligen" (aus dem 15. Jahrhundert) Jeanne d'Arc steht. Im Vorfeld kündigte er gegenüber der Presse an, „wenn nur zwanzig oder dreißig Leute kommen, dann wird man zumindest wissen, dass Jean-Marie noch zwanzig oder dreißig Freunde zählt". Es wurden ihrer 400. Unter ihnen natürlich das Umfeld von ‚Rivarol' (mitsamt Chefredakteur Jérôme Bourbon, ein rund vierzigjähriger Choleriker), sowie der frühere Chef der 2013 verbotenen stiefelfaschistischen Gruppierung L'Oeuvre française – Yvan Benedetti – und auch der zuvor erwähnte Henry de Lesquen. (Vgl. hier für ein Foto: http://www.lefigaro.fr/politique/2016/05/01/01002-20160501ARTFIG00064-jean-marie-le-pen-marine-le-pen-perdra-en-2017-et-peut-etre-des-le-premier-tour.php )

Erstaunlicher war, dass auch zwei Mitglieder der erweiterten Parteiführung des FN – des Bureau politique bzw. des Comité central – dort auftauchten, obwohl Marine Le Pen im Vorfeld angekündigt hatte, Mitgliedern des FN sei die Präsenz dort verboten und Zuwiderhandelnde würden sanktioniert bzw. aus ihren Funktionen entfernt. Es handelte sich um Bruno Gollnisch, den erfolglosen Gegenkandidaten zu Marine Le Pen im Kampf um die Parteiführung 2010/11, sowie Marie-Christine Arnautu, Vizepräsidentin „für soziale Fragen". Beide sitzen auch als Abgeordnete im Europaparlament. Bereits am 2. Mai 2016 forderte die Parteispitze die beiden jedoch ultimativ dazu auf, nun ihre innerparteilichen Ämter niederzulegen.

Am Sonntag, den 8. Mai demonstrierte ihrerseits die stiefelfaschistische oder offen antidemokratische Rechte (während der FN von sich selbst behauptet, eine nationale und demokratische Wahlpartei darzustellen) „für Jeanne-d'Arc". Und zwar am „alten" Datum, denn unter dem Vichy-Regime wurde der Feiertag der „Nationalheiligen" jährlich am zweiten Sonntag im Mai begangen, und dabei blieb es für die extreme Rechte der Nachkriegszeit, bis Jean-Marie Le Pen ab 1988 den 1. Mai dadurch zu besetzen versuchte.

Rund 1000 Hardcore-Aktivisten nahmen in diesem Jahr daran teil, darunter die katholischen Fundamentalisten des ‚Instituts Civitas', Pierre Sidos – der Vorgänger (von 1968 bis 2012) von Yvan Benedetti an der Spitze der heute verbotenen Gruppierung L'Oeuvre française – oder die monarchistische Action française. Und auch… die Ehefrau von Jean-Marie Le Pen, also Jany Le Pen. Der frühere Chef des FN selbst ließ sich entschuldigen, war aber solcherart vertreten.

Zur selben Zeit lobt nun seine Nichte Marion Maréchal-Le Pen seit jüngstem die monarchistischen Ideen. Aber dazu Ausführlicheres in der kommenden Ausgabe…

*Bernard Schmid, Paris* ■

es noch etwa 30 bis 60 Minuten gebraucht hätte, bis der hölzerne Dachstuhl in Brand geraten wäre. Die verurteilten Täter hatten sich vor dem Anschlag vermummt und Flaschen mit Benzin abgefüllt, sagte Kessler. Ein erster Versuch, im Erdgeschoss ein Feuer zu legen, sei fehlgeschlagen. Allerdings kamen sie kurze Zeit später ein zweites Mal zurück und zündeten in einer Wohnung in der ersten Etage die Matratzen der Betten an.

Von Spontanität könne nicht gesprochen werden, sagte Kessler – auch deshalb nicht, weil die beiden Verurteilten sechs Wochen später nochmals zum Tatort zurückgekommen seien und versucht hätten, das inzwischen sanierte Gebäude mit Wasser zu fluten. Den Gesamtschaden bezifferte die Richterin auf mehr als 200 000 Euro.

Das hohe Strafmaß gelte für beide Täter gleichermaßen, sagte sie. Beide seien mit den Taten einverstanden gewesen und hätten mitgemacht. Kessler attestierte ihnen „hohe kriminelle Energie“ und „überlegtes Handeln“. Für die beiden Männer spreche das Geständnis und die Reue, die sie nach ihrer Verhaftung und auch vor Gericht zeigten.

Den Prozess beurteilte Richterin Kessler als „bedrückend und erschreckend“. Die Täter seien keine vorgestraften Kriminellen, sondern Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, dazu als Familienväter und Arbeitnehmer sozial integriert. Sie seien auf „einfache und dumpfe Argumente mancher Hassprediger reingefallen“, sagte sie. Sie bestätigte, dass die beiden Männer wegen reichlichem Alkoholkonsum enthemmt gewesen seien. Die Brandstifter hatten sich unmittelbar nach ihrer Tat vor dem brennenden Haus filmen lassen.

Die beiden Verurteilten sitzen seit Dezember in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen des Vorwurfs der schweren Brandstiftung höhere Haftstrafen gefordert. Sie prüft nun eine Revision. Der Widerspruch muss binnen einer Woche eingereicht werden.

Dem Besitzer der Meißner Unterkunft, Bauunternehmer Ingolf Brumm, war kurz nach dem Anschlag gedroht worden. Zuvor fanden sich asylkritische Aufkleber an seinem im Bau befindlichen Gebäude. Das Haus mit mehreren Wohnungen sollte vor allem Flüchtlingsfamilien aufnehmen.

Die Verteidigung hatte am Donnerstag auf Freiheitsstrafen von zwei Jahren sowie zwei Jahren und sechs Monaten plädiert. Verteidiger Jürgen Saupe sagte, die Angeklagten hätten vor allem aus Frust gehandelt.

*Quelle: http://www.migazin.de 29.04.2016* ■

## Geschenk für Erdoğan

*Trotz Krieg, Unterdrückung und Zensur: EU-Kommission empfiehlt Visafreiheit für Türkei*

Die EU-Kommission hat am Mittwoch die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Bürger empfohlen und damit eine Kernforderung Ankaras aufgegriffen. Zudem will die Behörde EU-Staaten, die sich gegen eine Umverteilung von Flüchtlingen sperren, hohe Ausgleichszahlungen aufdrücken. Die Bundesregierung begrüßte beide Initiativen, Kritik kam von der Opposition und aus Osteuropa.

Lediglich fünf von 72 Auflagen habe die Türkei gegenwärtig noch umzusetzen, erklärte der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. Das Land habe „eindrucksvolle Fortschritte“ gemacht und werde sämtliche gesetzten Kriterien erfüllen, falls es das Reformtempo halte. Zieldatum für die visafreie Einreise ist Ende Juni, zuvor müssten aber die EU-Staaten und das Europaparlament zustimmen. Die Türkei wertete die Empfehlung der EU-Kommission als Erfolg. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab sich am Mittwoch optimistisch, dass das Land die verbleibenden Hürden nimmt: „Ich glaube, dass (…) eine realistische Chance besteht, dass auch die noch offenen Punkte erfüllt werden.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) lehnte dagegen im Kölner Stadtanzeiger die Visumfreiheit ab. Er erinnerte an die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken am Ostersonntag in Aschaffenburg: „Wir wollen solche Konflikte nicht in unserem Land haben.“ Ähnlich äußerte sich die AfD. Die Linke-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht kritisierte: „Die Visafreiheit und die Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen sind der Preis für Merkels unwürdige Kungelei mit dem Despoten Erdogan.“

Zu den von Ankara einzuhaltenden Minimalstandards gehören dem EU-Bericht zufolge auch „Grundrechte“. Hier attestierte Brüssel trotz des Kriegs Ankaras gegen die kurdische Bevölkerung im Osten der Türkei, trotz Zensur und der Inhaftierung von Journalisten schon im März, dass „viele der Voraussetzungen erfüllt wurden“. Nachbesserungen, heißt es nun, seien bei der Korruptionsbekämpfung, den „Antiterrorgesetzen“, dem Datenschutz sowie der Kooperation mit der EU-Polizeibehörde Europol und der EU-Justiz erforderlich.

Heftigen Gegenwind lösten die ebenfalls am Mittwoch von der EU-Kommission vorgestellten Reformvorschläge für das europäische Asylsystem, das sogenannte Dublin-Abkommen, bei osteuropäischen EU-Staaten aus. Polens Außenminister Witold Waszczykowski erklärte: „Ich frage mich, ob es ein ernstgemeinter Vorschlag ist, denn es hört sich nach einem Aprilscherz an.“ Sein ungarischer Kollege Péter Szijjártó sprach von „Erpressung“. Tschechiens Außenminister Lubomír Zaorálek kritisierte: „Etwas vorzulegen, was uns trennt, hilft niemandem.“ Auch die Slowakei lehnt die Pläne ab. Länder, in denen viele Menschen Schutz suchen, sollen nach dem Willen der EU-Kommission künftig automatisch entlastet werden. Die Grundregel des Dublin-Systems, wonach in erster Linie jener Staat für Asylanträge zuständig ist, in dem Migranten den Boden der EU betreten, soll zwar erhalten bleiben. Für jedes Land würde aber künftig ein Anteil an der Zahl aller Asylbewerber in Europa errechnet, der sich aus Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft ergibt. Werde dieser Richtwert um mehr als die Hälfte überschritten, würden neue Asylbewerber künftig an andere europäische Staaten weitergeleitet. Diese könnten sich zwar weigern, müssten dann aber Ländern, die sich an die geplante Regelung halten, 250000 Euro pro Flüchtling zahlen.

*junge Welt/Peter Schaber, 6.5.2016* ■

## Kleinst-Aufnahmequoten verlängern Flüchtlingselend

„Es ist unwürdig, wie die EU-Mitgliedstaaten um Flüchtlings-Aufnahmequoten im Minimalbereich schachern. Diese mehr als dürftigen Zugeständnisse dienen nur als Gewissensberuhigung für den Abschiebe-Deal mit der Türkei. Sie haben mit einer humanitären Aufnahmepolitik nichts zu tun“, äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Verteilung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei auf die EU-Mitgliedstaaten, die beim heutigen EU-Innenministertreffen in Luxemburg beschlossen werden soll. In den kommenden vier Monaten sollen demnach monatlich bis zu 1100 Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Jelpke weiter:

„In Griechenland werden die Schutzsuchenden eingesperrt oder in die Türkei abgeschoben, wo sie weder eine Perspektive noch gesicherte Rechte haben. Auf dem Mittelmeer sinken wieder die Flüchtlingsboote. In den Krisenregionen warten Frauen und Kinder mit einem Anspruch auf Familiennachzug, dessen Durchsetzung ihnen durch lange Fristen und bürokratische Hürden fast unmöglich gemacht wird.

Diese Missstände müssen endlich angegangen werden. Die Flüchtlinge brauchen legale Einreisemöglichkeiten und dürfen nicht länger wie Kriminelle oder lästige Bittsteller behandelt werden. Mit dem geplanten Verteilungssystem wird die EU ihrer Pflicht zur humanitären Aufnahme nicht gerecht. Sie verlängert damit vielmehr Leiden und Sterben der Flüchtlinge.“

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 21.04.2016* ■

## Abschiebung um jeden Preis

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. kritisiert die Abschiebepraxis in Thüringen auf das Schärfste! Heute Morgen gegen 5 Uhr wurde in Obermehler im Unstrut-Hainich-Kreis die fünfköpfige albanische Familie Musta auseinandergerissen. Da die 16-jährige Tochter nicht anwesend war, entschieden sich Polizei und Ausländerbehörde spontan dazu, dann den Vater und die 11-jährige Tochter Klavia abzuschieben. „Wir sind entsetzt und schockiert über dieses gegen alle rechtlichen und moralischen Vorgaben verstoßende und skandalöse Vorgehen", so Ellen Könneker vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. Das ist eine neue Dimension behördlichen Handelns in Thüringen, wo das Grundrecht auf Schutz der Familie und Kinderrechte grundlegend mißachtet werden. Dabei ist dies nicht der erste Fall in den letzten Wochen, wo massive Rechtsbrüche begangen wurden, um um jeden Preis Menschen mit staatlicher Gewalt aus dem Land zu bringen. Am 22. März wurde aus dem Altenburger Land das siebenjährige Mädchen Sadija Miftari, das aufgrund von Kindeswohlgefährdung aus der Familie genommen und in einer Art Pflegefamilie untergebracht wurde, von dort nachts abgeholt. Dann wurde es mit der leiblichen Familie gemeinsam nach Mazedonien abgeschoben.

*Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 27.04.2016* ■

## CSU-Forderungen nach Grenzkontrollen

„Jeder weitere Ausbau von Grenzschutzmaßnahmen vergrößert das Leid von Flüchtlingen. Es gibt keinen sachlichen Grund oder Anlass für eine Verlängerung der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze. Wenn solch einschneidende Maßnahmen von der Bundesregierung abgenickt werden, nur weil die CSU drängelt und mit einer absurden Verfassungsklage droht, ist das ein Skandal", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die geplante Verlängerung der Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen, die am kommenden Mittwoch von der EU-Kommission genehmigt werden soll. Jelpke weiter:

„Noch vor kurzem wollte der Bundesinnenminister die Grenzkontrollen ganz einstellen – ausnahmsweise mal ein guter Vorschlag vom Asyl-Hardliner de Maizière. Seitdem die Balkanroute dicht ist und die EU mit Hilfe der Türkei auch ihre Außengrenzen abgeriegelt hat, schaffen es ohnehin nur wenige Schutzsuchende zu uns. Die bundesweit registrierten Grenzübertritte durch Flüchtlinge lagen im März nur im zwei- oder dreistelligen Bereich am Tag. Das ist doch keine Notstandssituation, die Grenzkontrollen rechtfertigen könnte.

Auch das von der Bundesregierung gern herangezogene Argument der Schleuserbekämpfung greift nicht: Gerade einmal 975 Schleusungssachverhalte wurden seit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen im September 2015 bis Ende Februar 2016 insgesamt festgestellt. Dass ist angesichts von schätzungsweise einer Viertelmillion in diesem Zeitraum eingereisten Flüchtlingen eine sehr geringe Zahl.

Ganz abgesehen davon, dass durch die Grenzkontrollen massiv in die EU-Freizügigkeit eingegriffen wird, erschweren sie Flüchtlingen ihr Recht, Asyl zu beantragen und Schutz zu suchen. Durch Kontrollen und Abschottung erreichen wir nur, dass mehr Flüchtlinge aus Angst vor Zurückweisungen versuchen, Grenzübergänge zu umgehen und auf illegalen und gefährlichen Fluchtrouten ums Leben kommen."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 02.05.2016* ■

## Keine rechtliche Grundlage für sichere Einstufung der Maghreb-Staaten

*PRO ASYL: Anhörung: Keine rechtliche Grundlage für eine Einstufung der Maghreb-Staaten als „sicher"*

Am 14. April wurde der Gesetzesentwurf zur Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien erstmals im Bundestag diskutiert. Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in drei Bundesländern war der seit längerem angestrebte Gesetzgebungsprozess zurückgestellt worden. Mitglieder von Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen prangern die Menschenrechtsverletzungen in den Maghrebstaaten an. PRO ASYL äußert sich folgendermaßen: „Staaten, in denen gefoltert wird, demokratische Grundrechte missachtet und die Menschenrechte verletzt werden, sind keine sicheren Herkunftsstaaten. Die Bundesregierung beschönigt die Lage, ignoriert Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern und stellt stattdessen Persil-Scheine aus. Damit wird die Menschenrechtssituation in diesen Staaten bagatellisiert."

Auch die Anhörung im Bundestag vom 25.04.16 bestätigte die Befürchtungen, dass die Bundesregierung die reale Situation zu ignorieren versucht um eine Gesetzesverschärfung auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Es spricht in diesem Zusammenhang Bände, dass die Mehrheit der geladenen Sachverständigen nichts zur menschenrechtlichen Situation der Magrhebstaaten sagen konnte.

In seiner Stellungnahme zum Gesetzesentwurf geht PRO ASYL detailliert auf die Menschenrechtslage in den einzelnen Staaten ein:

**Algerien:** Die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind nicht gewährleistet und die Meinungs- und Pressefreiheit beschränkt. Auch die Misshandlung von Inhaftierten und die Gewalt gegen Frauen stehen einer Einstufung dieses Landes als sicher entgegen. Auch kommt es bei der Terrorismusbekämpfung zu Fällen von Folter.

**Marokko:** Das Land ist keine Demokratie, sondern ein monarchischer Staat. Allein dies spricht gegen eine Einstufung Marokkos als sicheren Herkunftsstaat, zumal kritische Äußerungen gegen den König oder die Monarchie kriminalisiert werden. Neben massiver Einschränkung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt es laut UN-Gremien Fälle von Folter in Haft.

**Tunesien:** Extralegale Tötungen und Folter in Haft sowie eine Strafverfolgung von homosexuellen Handlungen werden nicht nur von Menschenrechtsorganisationen, sondern auch vom Gesetzesentwurf selbst (!) bestätigt.

*Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 28.04.2016* ■

## Maghreb-Staaten: Alibi-Anhörung

„Die heutige Sachverständigenanhörung ist eine Farce. Nur die Opposition hat sich darum gekümmert, unabhängige Fachleute einzuladen. Zwei von den drei Sachverständigen der großen Koalition hingegen stammen quasi aus den eigenen Reihen und können zu der Situation in den drei Maghreb-Staaten nicht viel sagen", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die heutige Fachanhörung des Innenausschusses zu der geplanten Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sogenannte sichere Herkunftsstaaten. Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung will sich offenbar gar nicht ernsthaft damit auseinandersetzen, wie es in diesen Ländern mit den Menschenrechten und der Sicherheit bestellt ist. Als Sachverständige benennen die Fraktionen der CDU, CSU und SPD keine unabhängigen Experten, sondern etwa eine Bedienstete des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und einen Beamten aus dem sächsischen Innenministerium. Diese beschäftigen sich vorrangig nicht, wie in der Fragestellung der Anhörung gefordert, mit der Prüfung der Menschenrechtslage in den Maghreb-Staaten, sondern allenfalls mit den angeblich zu erwartenden Verfahrensbeschleunigungen und -erleichterungen in den Asylbehörden.

Die vielen Berichte unabhängiger Organisationen zu Folter, Verfolgung von Homosexuellen, kritischen Journalisten oder Oppositionellen bleiben bereits in dem Gesetzentwurf außen vor und interessieren die Fraktionen der Unionspar-

# Räumung des Protestcamps Weißekreuzplatz

*Der Flüchtlingsrat Niedersachsen ist empört über die zwangsweise Beendigung des Protescamps Weißekreuzplatz durch die Landeshauptstadt Hannover und spricht von einem fatalen Zeichen*

Ende Mai 2014 hatten rund 40 Sudanesen aus ganz Deutschland auf dem Platz Zelte aufgeschlagen – mit Schlafgelegenheiten, Tischen, Bänken, Kochutensilien. Viele der Protestierenden sind von Abschiebung bedroht. Als es tatsächlich zu einer Abschiebung kommt, treten 28 Demonstranten vorübergehend in den Hungerstreik.

Es folgen eine Petition mit zahlreichen Forderungen an den Landtag, Demonstrationen in der Innenstadt, in der Oststadt. Trotz polizeilichen Verbots überwintern Sudanesen in dem Camp. Im Dezember 2014 zerstört ein Brand zwei ihrer Zelte. Als die Flüchtlinge das Camp auch nach über einem Jahr noch nicht räumen wollten, wich das anfängliche Wohlwollen der Anwohner mehr und mehr der Verärgerung.

„Noch während die Camp-Aktivisten gestern Abend im wenige Meter vom Camp entfernten Kulturzentrum Pavillon mit dem Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mitte, Michael Sandow, über dessen Vorschläge zur Verstetigung des Protestes der sudanesischen Geflüchteten diskutierte, schaffte die Polizei Fakten: Gegen ca. 21.00 Uhr sperrte sie das Protestcamp ab und begann, die Zelte abzubauen. Damit setzte sie dem Camp nach fast zwei Jahren ein vorläufiges Ende.

Die Räumung des Camps ist ein fatales Zeichen an die Flüchtlinge und an die weitere Öffentlichkeit. In Zeiten, in denen sich Europa verstärkt gegen Zuflucht suchende Menschen abschottet, Abkommen mit der von einem Autokraten regierten Türkei schließt und Verhandlungen mit Diktatoren wie dem sudanesischen Präsidenten Omar Al Bashir führt, um Flüchtlinge bereits in Afrika abzufangen, in Zeiten, in der die Bundesregierung Verschärfungen in der Asylgesetzgebung durchpeitscht, PEGIDA aufmarschiert und die AFD Wahlerfolge feiert, in denen beinahe täglich Flüchtlingsunterkünfte oder Asylsuchende direkt angegriffen werden, kann die Räumung nur als Zugeständnis an den Zeitgeist gewertet werden. Bislang stand die Stadt Hannover für einen anderen Stil im Umgang mit Flüchtlingen, die hier bei uns Schutz suchen und ihre Rechte einfordern."

Nach zwangsweiser Räumung des errichteten Camps kam es im Anschluss zu gewaltvollen Räumung der sich noch auf dem Platz befindendenen Aktivist*innen.

Anhand einer Sitzblockade wurde die Unzufriedenheit und Entsetzen über die Räumung zum Ausdruck gebracht. Obgleich alle sich auf dem Platz befindenden Personen den durch die Polizei veranlassten Abtransport der Zelte und anderen Gegenstände nicht behinderten, mussten sie alle unverständlicherweise den Ort verlassen. Da das nicht freiwillig passierte, wurden die einzelnen Personen zwangsweise und unter massiven Polizeieinsatz vom Platz befördert. Es kam zu gewaltvollen Eingriffen der Polizei und Einsatz von Tränengas. In dem Zuge wurden mehrere Personen verletzt, einer musste im Krankenhaus behandelt werden.

Wir sind schockiert, über den Umgang mit den Aktivist*innen des Protestcamps sudanesischer Geflüchteter auf dem Weißekreuzplatz; das betrifft zum Einen die Räumung während des Gesprächs mit dem Bezirksbürgermeister Sandow am Dienstagabend, zum anderen das am Mittwochnachmittag völlig überzogene Vorgehen. Ein weiteres Zeichen in Richtung der Rechtspopulisten und Kriminaliserung des Protest. Von „Umsichtigkeit" der Polizei und „Einvernehmen" aller , wie von der Landeshauptstadt Hannover in ihrer Stellungnahme vom 27.04.2016 berichtet wird, war an der Stelle Gegenteiliges zu beobachten.

Der Weißekreuzplatz war ein Ort, an dem sich geflüchtete Menschen selbst eine Stimme gaben und Verhör verschafften. Eine Stimme, die über die realen Zustände im Sudan und ihrem Leben als Geflüchtete in Deutschland aufklärten. Außerdem ermöglichte der Ort über die bestehenden 2 Jahre zahlreiche Begegnungen und Vernetzungen, die in vielerlei Hinsicht bereicherten. Insbesondere die sehr einschränkenden speziellen Regularien für Geflüchtete, damit verbundenen ständigen Abhängigkeiten, Verboten und Zwängen im Alltag entrauben jegliche Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben.

In Zeiten, in denen rassistische Übergriffe und Stimmungsmache ins Unerträgliche ansteigen, wurde nun gestern einer weiterer selbstorganisierter Kampf und der Einsatz für Menschenrechte, menschenwürdige Zustände und für solidarisches Zusammenlebens eingedämmt. Wir hoffen und wünschen den Aktivist*innen, dass Sie weiterhin an ihrem Aktivismus festhalten und ihren Einsatz für ihre Rechte fortsetzen.

*Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 27.04.2016 – Meldung 28.04.2016* ■

teien und SPD anscheinend auch im Rahmen der Anhörung nicht besonders. Die durch das Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Sorgfaltspflichten bei der Einstufung von Ländern als sichere Herkunftsstaaten werden durch eine solche Verfahrensweise ganz klar missachtet. DIE LINKE hat diesem Vorgehen der Regierungsparteien vehement widersprochen. Es darf nicht sein, dass das Prinzip der Anhörung unabhängiger Sachverständiger durch die Bestellung befangener Beamter mit Füßen getreten wird."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 25.04.2016* ■

## „Sichere" Folterländer

Amnesty International hat zwischen 2010 und 2014 in Marokko 173 „exemplarische" Fälle von Folter dokumentiert. Die Praxis reiche von „Schlägen, dem Aufhängen in Stresspositionen bis hin zur Erstickungsgefahr, simuliertem Ertränken, psychologischer und sexueller Gewalt". Gefährdet seien „politische Aktivisten, die sich gegen Armut, Ungleichheit oder Ausbeutung natürlicher Ressourcen einsetzen, politisch links orientierte und studentische Aktivisten, Befürworter der Selbstbestimmung der Sahrauis" und viele mehr. Wiebke Judith, Vertreterin von Amnesty, wusste am vergangenen Montag im Innenausschuss des Bundestages noch von etlichen weiteren Fällen politischer und gruppenbezogener Verfolgung in Marokko, aber auch Algerien und Tunesien zu berichten. Der Ausschuss sollte in einer öffentliche Anhörung über den Antrag der Regierungsfraktionen beraten, diese Länder als „sichere Herkunftsstaaten" einzustufen.

Doch Vertreter von Union und SPD hatten für die Ausführungen der Menschenrechtlerin kein Ohr. Sie verfolgen mit ihrem Gesetzentwurf, der Ende Mai im Bundestag beschlossen werden soll, eingestandenermaßen den Zweck, Asylanträge aus den Maghreb-Staaten deutlich zu reduzieren. In die Anhörung entsandten sie nicht etwa unabhängige Experten, sondern Beamte aus Ministerien und Ämtern, die zur Menschenrechtslage in den genannrwn Ländern gar nichts sagen konnten. Die Linksfraktion hatte vergeblich gegen diese Praxis protestiert. Die SPD verteidigte ihr Vorgehen: Die von ihr benannte Sachverständige, Ursula Gräfin Praschma aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), solle darüber Auskunft geben, ob mit dem Gesetzentwurf eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden könne. Damit nahm die SPD das Ergebnis der Anhörung schon vorweg, bevor sie überhaupt begonnen hatte.

Gräfin Praschma führte erwartungsgemäß aus: Die Folgen einer Einstufung als sichere Herkunftsländer – beschleunigte Verfahren, Unterbringung in Sonderla-

gern – hätten „nachhaltig eine abschreckende Wirkung“ auf angeblich „unberechtigte Antragsteller“. Die von der Linksfraktion als Sachverständige benannte Amnesty-Vertreterin Judith verwies allerdings darauf, dass das Konzept sicherer Herkunftsstaaten auf die „regelmäßige Ablehnung“ von Asylanträgen ziele und „eine sorgfältige und unvoreingenommene Einzelfallprüfung gerade nicht beabsichtigt“ sei. Die veröffentlichten Zahlen geben ihr recht: Im vorigen Jahr lag die offizielle Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus Marokko noch bei 8,2 Prozent. Mittlerweile ist nicht nur die Zahl der Schutzsuchenden von dort drastisch von etlichen tausend auf wenige hundert pro Quartal zurückgegangen, sondern auch die Anerkennungsquote, die sich jetzt nur noch bei rund einem Prozent bewegt. Offensichtlich hat man beim BAMF die Signale verstanden.

Rechtsanwalt Reinhard Marx, von den Grünen als Sachverständiger benannt, betonte, ein Staat dürfe nur als sicher eingestuft werden, wenn es dort „generell und durchgängig“ keine Verfolgung oder Folter gebe. Aber keines der drei Länder erfülle diese Voraussetzung. In Marokko werde Folter zur Aussagenerpressung systematisch angewandt. Unabhängige Beobachter, etwa von Amnesty, werden seit Jahren nicht mehr ins Land gelassen oder gleich wieder ausgewiesen. Auch in Algerien werden Menschenrechte laut Marx und Judith mißachtet. Dort werde vielfach mit konstruierten Anklagen gegen Journalisten vorgegangen, und friedliche Demonstranten würden willkürlich festgenommen. Homosexuelle würden in allen drei Ländern systematisch verfolgt und mit Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren bedroht.

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 27.04.2016* ■

## Das Lager als natürliche Wohnstätte

*Sozialministerin Emilia Müller will dezentrale Unterbringung massiv einstampfen*

Das Bayerische Kabinett hat nun beschlossen, in der Flüchtlingsunterbringung verstärkt auf Lager zu setzen. Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert diese Entscheidung als integrationsfeindlich und als einen Schritt hin zu Flüchtlingsghettos.

Seit Jahrzehnten kann beobachtet werden, dass Sammellager für Flüchtlinge Spannungen sowohl zwischen Flüchtlingen als auch zwischen Flüchtlingen und Nachbarschaft schüren. Darüber hinaus ist die Unterbringung in den Sammellagern eine menschenunwürdige Maßnahme, die der Abschreckung dienen soll. So hieß es jahrelang in der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, dass die Unterbringung in Flüchtlingslagern die Bereitschaft zur Rückkehr fördern solle. Flüchtlingslager fördern zudem die Isolation der Betroffenen und können zu sozialen und psychischen Problemen führen. Auch Retraumatisierungen werden hierdurch provoziert.

Dennoch will Sozialministerin Müller die Zahl der dezentralen Unterkünfte in Zukunft verringern und wieder zu der längst veralteten Unterbringung in Flüchtlingslagern zurückkehren. „Wir werfen der bayerischen Staatsregierung vor, hier aus Verwaltungsgründen heraus aktiv die Ausgrenzung von Flüchtlingen zu betreiben. Damit werden alle Kräfte in den Kommunen, die sich für eine gelingende Integration einsetzen, vor den Kopf gestoßen“, kritisiert Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Die Arbeit von Ehrenamtlichen, aber auch von kommunalen Behörden wird dadurch erschwert. Zwar geht damit die Verantwortung für die Unterbringung wieder an die Bezirksregierungen über, aber die gesamten Integrationsanstrengungen bleiben ja bei den Kommunen.“

Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert ein weiteres Engagement im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Auch Flüchtlinge, über deren Antrag noch nicht entschieden ist, dürfen nicht in großen Lagern kaserniert werden. „Bei einem Bearbeitungsstau der Asylentscheidungen des Bundesamtes von mehreren hunderttausend Fällen ist es zynisch, Flüchtlinge absehbar über Jahre in Sammellagern zu isolieren. Die Folgeschäden werden den Freistaat wesentlich mehr kosten, als er hier einspart. Außerdem hat der Bayerische Flüchtlingsrat bereits seit Jahren ausgerechnet, dass die Unterbringung in Sammellagern weitaus teurer als die Unterbringung in Wohnungen ist“, so Stephan Dünnwald. „Es ist endlich an der Zeit, dass die Lagerpflicht in Bayern abgeschafft wird.“

*Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 27.04.2016* ■

## Rassismus vom Amt

Erding Schäbig kann ein Zustand sein, aber auch eine Haltung. In Erding versucht man gerade, gegenüber Flüchtlingen beide Möglichkeiten in Deckung zu bringen. Die Einführung einer Geldkarte, mit der man kein Geld bekommen kann, sondern auf einen 100% bargeldlosen Kaufverkehr verpflichtet wird, zeugt von umfassender Schäbigkeit bei der verantwortlichen Verwaltung des Landkreises. Auch wenn heutzutage viele Geschäfte bargeldlos abgewickelt werden können, so sind wir in vielen Alltagdingen auf Bares angewiesen: welcher kleine Bäcker, welches Eiscafé hat einen Kartenleser, wie sollen Schulkinder ein Pausenbrot kaufen oder Kopiergeld in der Schule abgeben, wie kaufe ich bargeldlos eine Fahrkarte im Linienbus? Flüchtlinge sind damit zum Kauf in Supermärkten gezwungen, die sie kaum mehr legal erreichen können. Mit Glück bekommen sie dort das Restgeld in bar auf die Hand.

Die ausnahmslose Ausgabe von Chipkarten entspricht auch nicht einer unbaren Form der Geldleistung. Die Umstellung auf ein Chipkartensystem stellen Sachleistungen dar. In einem Schreiben des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 29. November 2015 wird darauf hingewiesen, dass das Ziel der Umsetzung auf Sachleistungen auch durch ein Chipkartensystem erreicht werden kann.

Bereits in 2012 hat sich das Landratsamt in Erding eine besonders ausgefallene Idee einfallen lassen: Ein spezieller Supermarkt, in dem die Flüchtlinge ohne Bargeld nach einem Punktesystem lediglich die Produkte zur Auswahl hatten, die ohnehin in den Essenspaketen zu finden waren. Eine nicht nur teurere Lösung als die Auszahlung von Bargeld, sondern auch eine rassistische Maßnahme, die eine Ausgrenzung der Betroffenen nur noch mehr förderte.

Im Mai 2015 ließ sich der LK erneut einen diskriminierenden Sonderweg einfallen. Trotz damaliger eindeutiger Gesetzeslage wurden nur noch Kleidergutscheine statt Bargeld ausgegeben. Landrat Bayerstorfer begründete die Entscheidung u.a. damit, dass „Bargeld falsche Anreize“ schaffe.

„Der Bayerische Flüchtlingsrat sieht hier Rassismus vom Amt. Das Landratsamt Erding überschreitet erneut seine Kompetenzen und setzt seine Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik weiter fort.“ kritisiert Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Diese Maßnahme lässt sich durch nichts begründen. Erneut wird eine Personengruppe massiv an der Teilhabe am sozialen Leben behindert. Zahlreiche Landkreise überweisen Flüchtlingen ihren Geldbetrag auf ein normales Bankkonto. Dass der Landkreis Erding das nicht will, weckt Zweifel daran, dass im Landkreis Erding Interesse an Menschenwürde und Integration von Flüchtlingen besteht. Dieser Behördenwillkür und Ausgrenzung muss Einhalt geboten werden. Der Landrat in Erding muss eine Behördenentscheidung verantworten, die der Haltung der Zornedinger CSU-Vorsitzenden in nichts nachsteht“.

*Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 27.04.2016*

## Amadeu-Antonio-Stiftung geht gegen rechte Hetze vor

Attacken auf Website und Geschäftsstelle, massive Hetze im Internet: Die Berliner Amadeu Antonio Stiftung zieht den Hass der Rechtextremen auf sich. Jetzt will sie sich juristisch wehren.

Die Berliner Amadeu Antonio Stiftung will sich juristisch gegen rechte Hetze im Internet wehren. Eine erste Unterlas-




sungsverfügung sei gegen das rechtspopulistische Monatsmagazin „Compact“ vor dem Landgericht Hamburg erwirkt worden, nachdem das Magazin im Februar in seiner Onlineausgabe Diffamierungen über die Stiftungsvorsitzende Anetta Kahane und die Stiftung verbreitet habe, sagte Stiftungskoordinator Timo Reinfrank am Montag in Berlin.

Durch das Landgericht Potsdam wurde zudem eine einstweilige Verfügung zur Veröffentlichung einer Gegendarstellung erlassen, der „Compact“ bereits nachgekommen sei. Das von dem neurechten Vordenker Jürgen Elsässer gegründete Magazin hatte in der Onlineausgabe behauptet, dass die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit der Bundesregierung das Internet zensiere.

#### Namenslisten und Autokennzeichen veröffentlicht

Laut Reinfrank wird von rechtsextremen Gruppen derzeit eine zielgerichtete Kampagne gegen die Stiftung und ihre Vorsitzende geführt. Dabei werde immer wieder die Stasi-Vergangenheit von Kahane ins Feld geführt, die von 1974 bis 1982 als Informelle Mitarbeiterin (IM) für den DDR-Geheimdienst arbeitete. Die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung gegen Hate Speech und rechte Hetze in sozialen Netzwerken wie Facebook werde mit Spitzeldienst und Stasi-Methoden gleichgesetzt, mit denen die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll.

Vergangene Woche sei zudem die Geschäftsstelle der Stiftung in Berlin von Vertretern der rechten „Identitären Bewegung“ mit Plakaten und Flugblättern an der Eingangstür zugeklebt worden. Drei Tage später sei auf rechten Facebook-Seiten ein Bild des Stiftungsteams mit einem Link zur Namensliste geteilt und Autokennzeichen von Mitarbeitern veröffentlicht worden. Bereits im Februar war die Website der Stiftung nach einem Aufruf des rechten „Anonymous. Kollektiv“ attackiert und lahmgelegt worden.

#### Hassbild rechtsextremer Propaganda

„Jetzt ist Schluss“, sagte Kahane. Mit der Instrumentalisierung ihrer Stasi-Vergangenheit solle nicht mehr nur ihre Person beschädigt, sondern die ganze Arbeit der Stiftung verunglimpft werden. „Das lassen wir uns nicht mehr gefallen.“ Sie sei schon immer offen mit ihrer Stasi-Vergangenheit umgegangen und „sei alles andere als stolz auf diese Zeit“. Aber mit ihrer jüdisch-antifaschistischen Herkunft sei sie für Rechtsextreme und Rechtspopulisten die ideale Hassfigur, die „sie erst erfinden müssten, wenn es mich nicht schon gebe“.

Der Berliner Historiker und Politologe Martin Jander sieht darin eine sehr gefährliche Entwicklung. Hier werde ein „Hassbild“ rechtsextremer Propaganda in die Welt gesetzt, die am Ende in Gewalt enden kann, warnte Jander: „Jüdische Kommunisten unterdrücken das deutsche Volk und beuten es aus“ – dieses Stereotyp gehöre zur DDR-Aufarbeitung der rechtskonservativen Szene, sagte Jander, der früher dem SED-Forschungsverbund an der Freien Universität angehörte.

Nach einem Gutachten des Historikers und Stasi-Forscher Helmut Müller-Enbergs hat Kahanes damalige Spitzeltätigkeit nachweisbar keinem geschadet. Anhaltspunkte dafür, dass sie Dritten Nachteile zugefügt habe, ergeben sich im Ergebnis des Aktenstudiums, anderer Überlieferungen und der umfänglichen Interviews nicht, stellte Müller-Enbergs fest. Für das Gutachten wertete der Forscher neben den Akten auch Kahanes persönliche Tagebücher aus.

*http://www.migazin.de 29.04.2016* ■

## Hautfarbe darf bei Kontrolle keine Rolle spielen

Mit einer Grundsatzentscheidung hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz gestern die Kontrolle einer jungen Familie durch Bundespolizeibeamte am 25.01.2014 für rechtswidrig erklärt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei die schwarze Hautfarbe der Kläger zumindest ein die Kontrolle mit tragendes Kriterium gewesen. Damit verstoße die Kontrolle gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes, so die Richter. Es genüge, wenn die Hautfarbe Teil des „Motivbündels“ bei der Auswahl der zu kontrollierenden Person sei.

Die Eheleute G. aus Mainz befanden sich am 25.01.2014 für einen Tagesausflug mit ihren damals fünf und eineinhalb Jahren jungen Kindern in der regionalen Mittelrheinbahn von Mainz in Richtung Bonn. Im Verlauf der Fahrt wurden die heute 37-jährige Klägerin und der heute 40-jährige Kläger ohne Anlass und vor den Augen anderer Reisender von Beamten der Bundespolizei kontrolliert und die Daten ihrer Bundespersonalausweise wurden zur Datenprüfung an die Leitstelle weitergegeben. Weitere Personen in dem Zug wurden nicht kontrolliert.

Das Gericht wollte nach einer umfangreichen Beweisaufnahme nicht ausschließen, dass die Hautfarbe der Kläger ein tragendes Kriterium für die Kontrolle war. Eine Auswahl der Personen bei Kontrollen, für die die Hautfarbe der Personen das alleinige oder zumindest ein ausschlaggebendes Kriterium sei, verstoße allerdings gegen das Diskriminierungsverbot des Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes.

Liege der Auswahl der kontrollierten Person ein Motivbündel zugrunde und sei dabei die Hautfarbe ein tragendes Kriterium unter mehreren, so sei über die bisherige Rechtsprechung hinausgehend ebenfalls ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG anzunehmen.

Eine Kontrolle in Anknüpfung an die Hautfarbe sei unzulässig. Die genaue Motivlage der die Kläger kontrollierenden Bundespolizeibeamten habe sich auch im Rahmen der umfangreichen Beweisaufnahme nicht feststellen lassen. Aufgrund der äußeren Umstände der Kontrolle und der teilweise unklaren Angaben der Zeugen sei der Senat nicht hinreichend davon überzeugt, dass die Hautfarbe der Kläger für ihre Kontrolle nicht doch mitentscheidend gewesen sei.

„Das Urteil des OVG ist ein Meilenstein für den Kampf gegen die rechtswidrige Praxis des Racial Profiling“, freut sich der Göttinger Rechtsanwalt Sven Adam, der die Kläger juristisch vertritt. „Denn von nun an wird die Bundespolizei nachweisen müssen, gerade nicht diskriminierend kontrolliert zu haben, wenn der äußere Anschein eine Kontrolle aufgrund der Hautfarbe naheliegt. Bislang stellte der Nachweis der Diskriminierung regelmäßig ein verfahrensrechtliches Problem dar, da die inneren Beweggründe der Polizeibeamten dem Beweis kaum zugänglich sind.“

Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen (Aktenzeichen 7 A 11108/14.OVG).

*Quelle: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. GGUA Flüchtlingshilfe) 25.04.2016* ■

## Der Zaun: Wo Europa an seine Grenzen stößt

Mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen erlebt Europa eine Renaissance der Grenzbefestigungen. Mehrere europäische Staaten planen neue Zäune und Barrieren. Der Journalist Dietmar Telser ist drei Monate entlang der Grenzen Europas gereist. In seinem neuen Buch zeigt er auf, weshalb Zäune die Menschen nicht aufhalten können.

*Quelle: http://www.migazin.de 29.04.2016*



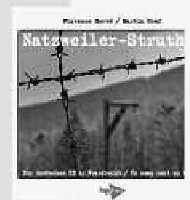

## Das ehemalige KZ Natzweiler-Struthof im Elsass:

### Zur Geschichte und zur Erinnerungskultur in Frankreich

*Gemeinsame Veranstaltung mit dem Deutsch-Französischen Kulturzentrum*
*Zum Jahrestag der Befreiung Europas 8. Mai 1945/ 8. Mai 2016*
*Mit Florence Hervé, Dr. phil., *1944, Journalistin, Autorin, Dozentin. Zahlreiche Veröffentlichungen, so zum Thema Faschismus und Widerstand; Mitherausgeberin des Taschenkalenders »Wir Frauen«*

Weitgehend unbekannt ist, dass es auch im von der Wehrmacht besetzten Frankreich ein deutsches Konzentrationslager gab: Das im Elsass gelegene Struthof – Natzweiler, ein Ort grausamer Verbrechen, der zugleich Führungszentrum für Nebenlager und Außenkommandos vor allem in Südwestdeutschland war. Zehntausende rassisch und politisch verfolgte Nazigegner und Widerstandskämpfer aus vielen Ländern Europas wurden in diesem Lagerkomplex gequält und durch Zwangsarbeit brutal ausgebeutet, 22000 von ihnen wurden ermordet. Das Buch ist durchgängig zweisprachig (deutsch/französisch). Es stellt das Lagersystem dar und erklärt dessen Besonderheiten. Außerdem enthält es zahlreiche eindrucksvolle Fotografien von Martin Graf – neben Augenzeugenberichten von Überlebenden sowie künstlerischen Zeichnungen und literarischen Texten, so etwa von Tomi Ungerer, Bernhard Schlink oder der Komponistin, Sängerin und Schriftstellerin Sylvie Reff

Zweisprachiger Textbildband
Florence Hervé (Hrsg.)
Martin Graf (Fotogr.)
Natzweiler-Struthof
Ein deutsches KZ in Frankreich
Un camp nazi en France




PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202
50937 Köln
Tel. 0221-448545
Fax 0221-444305
www.papyrossa.de
mail@papyrossa.de
PapyRossa

*20. Mai 2016 um 18.30 Uhr*
*Düsseldorf*
*Mahn- und Gedenkstätte*
*Mühlenstr. 29*
*Buchpräsentation Natzweiler-Struthof mit*
*Florence Hervé,*
*Lesung: Natzweiler-Struthof - 20.5. Mahn- und Gedenkstätte*

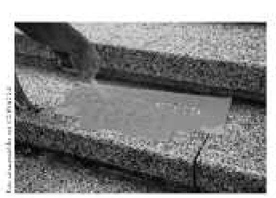
*12. Mai 2016 um 19.00 Uhr*
*Essen*
*Alte Synagoge Essen*
*Seminarraum*
*Eingang Alfredistraße*

*Florence Hervé (Hrsg.)/ Martin Graf (Fotogr.)*
*Natzweiler-Struthof - Ein deutsches Konzentrationslager in Frankreich*
*Un camp de concentration allemand en France*
*Zweisprachig, PapyRossa Verlag Köln*

## Dagegen! – Und dann?!

www.mobile-beratung-nrw.de





Eine Veranstaltung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

**„Dagegen!" ...und dann?!**
**7. Workshoptagung für Bündnisse und Initiativen gegen Rechtsextremismus in NRW**

**Rassismus in Bewegung? Was jetzt zu tun ist!**

Ein Forum für Engagierte und Interessierte zum Erfahrungs- und Ideenaustausch

18. Juni 2016

Universität Duisburg-Essen
Glaspavillon - Campus Essen

**Programm:**

10.30 Uhr – Anreise und Anmeldung, Imbiss

11.00 Uhr – Begrüßung und Einführung

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW; Input mit anschließender Diskussion:
„Rassismus aus der Mitte und das Gegenpotential der Zivilgesellschaft"?
Dr. Britta Schellenberg (Politikwissenschaftlerin, Ludwig-; Maximilians-Universität München)

12.30 Uhr – Mittagspause

13.30 Uhr – Workshopphase:
In den Workshops sollen der intensive Austausch und e Diskussion unter den TeilnehmerInnen im Vordergrund stehen.

15.45 Uhr – Kaffeepause

16.00 Uhr – Podiumsgespräch:
Warum es sich lohnt weiterzumachen Perspektiven auf das Engagement gegen die extreme Rechte und Rassismus
mit Britta Schellenberg, Fabian Jellonek, Anna Gold, Petra Schickert,

16.45 Uhr – Ausblick und Verabschiedung Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

17.00 Uhr – Ende der Tagung und weitere Planungen

**www.mobile-beratung-nrw.de**

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:Abschlusserklärung der Aktionskonferenz

# Aufstehen gegen Rassismus – Deine Stimme gegen die AfD!




Fast täglich greifen Rassisten und Rassistinnen Flüchtlingsheime an, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu. Erschreckend viele Menschen beteiligen sich an fremdenfeindlichen und rassistischen Demonstrationen während rechte Parolen zunehmend in den Alltag dringen.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Stimmung hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Sie verbreitet rassistische Vorurteile und hetzt insbesondere gegen Geflüchtete. Sie stellt Flucht und Zuwanderung als enorme Bedrohung dar und schürt gezielt Ängste vor „Überfremdung“ und „dem Islam“. Die AfD benutzt nationalistische und völkische Ideologie, um soziale Unzufriedenheit rassistisch aufzuladen und rechte Scheinantworten zu propagieren. Sie wird zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und antimuslimische Hetze und hat sich an vielen Orten zum Zentrum der extremen Rechten entwickelt.

Wir wollen verhindern, dass Rassistinnen und Rassisten Raum für ihre Hetze bekommen. Wir wollen nicht zulassen, dass die AfD mit ihrer rechten Ideologie weiter an Einfluss gewinnt. Deshalb werden wir uns der AfD überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten.

Wir sind viele, die aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Traditionen kommen. Wir werden weiterhin Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Denn Asyl ist Menschenrecht. Wir werden uns stark machen für gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen. Denn unsere Alternative heißt Solidarität.

**Aufstehen gegen Rassismus heißt in den nächsten Wochen und Monaten:**

- Wir wollen der rechten Hetze eine bundesweite, antirassistische Aufklärungskampagne entgegen setzen. Dazu wollen wir innerhalb des nächsten Jahres 10 000 Stammtischkämpferinnen und Stammtischkämpfer ausbilden.
- Wir setzen auf die Aktivität von Vielen. Wir wollen Hilfestellung geben, selbst aktiv zu werden und sich zu vernetzen. Wir wollen Material produzieren und öffentliche Aktionen gemeinsam umsetzen. Damit sichtbar wird: Wir sind viele. Rassismus ist keine Alternative!
- Wir unterstützten die Proteste gegen den AfD Programmparteitag in Stuttgart am 30. April2016. Wir begrüßen den Uni-, Schul-, Azubi-Streik des Bündnisses gegen Rassismus.
- Wir rufen dazu auf, sich an den Menschenketten des Bündnisses Hand-in-Hand gegenRassismus am 19.6. in Berlin, Bochum, Hamburg, Leipzig und München zu beteiligen.
- Wir tragen unsere Positionen gegen den Rassismus und Islamhass der AfD in die kommendenLandtags- und Kommunalwahlkämpfe und unterstützen Proteste gegen die Auftritte der AfD.
- Wir wollen am 3. September 2016 in Berlin im Vorfeld der Wahlen in Mecklenburg- Vorpommern und Berlin mit einer Großaktion, z. B. einer Kundgebung und einem Konzert, ein klares Zeichen zu setzen: Wir überlassen den Rassisten nicht das Feld. Wir stehen auf gegen Rassismus. Wir laden zivilgesellschaftliche Akteure und Bündnisse ein, mit uns gemeinsam eine solche Großveranstaltung vorzubereiten und durchzuführen.
- Wir setzten uns dafür ein, im ersten Halbjahr 2017 mit vielen anderen ein bundesweites Großereignis zu organisieren, um auch im Wahljahr deutlich zu machen: wir stehen an der Seite der Geflüchteten, der Muslime und aller anderen, die rassistisch diskriminiert und bedroht werden.